

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich
80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeitzer Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7585.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 30 Pfg. für die gespaltene
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 6.

Sonnabend, den 9. Februar 1907.

11. Jahrgang.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist
wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende
Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperret sind: Wolfshagen-Pangelsheim a. S.: Die Brüche
Gieberg und Beyerberg. Firma Strube. Essen; Marmor-
betrieb von Könen und Comp. Jena; Granitbetrieb, Conradus.
Butter a. B.: Harzer Sandsteinbrüche. Oldenburg: Firma
Högl (für Marmorsteine). Blankenburg a. S.: Die Brüche
des Unternehmers Schönfeldt.

Erfurt. Plaz Merkel streiken die Steinmeger.

Motto:

Kein Klage Lied, kein Tränen Lied! kein Lied um jeden,
der schon fiel;
Noch minder gar ein Lied des Hohns auf das ver-
worfenne Zwischen Spiel,
Die Bettleroper, die zurzeit ihr plump noch zu
agieren wißt,
Wie mottig euer Hermelin, wie faul auch euer
Purpur ist!
O nein, was sie den Bessern singt, ist nicht der
Schmerz und nicht die Schmach,
Ist Sieges Lied, Triumphes Lied, Lied von der Zukunft
großem Tag!
Der Zukunft, die nicht fern mehr ist! Sie spricht
mit dreistem Prophezeien:
So gut wie weiland euer Gott: Ich war, ich bin —
ich werde sein!

Ferdinand Freiligrath.

Der 5. Februar.

Die bürgerlichen Gegner jubeln, die Liberalen, ver-
bunden mit den Konservativen, haben der Sozialdemo-
kratie über 30 Mandate bei beiden Wahlgängen abge-
nommen. Die eingelaufenen Depeschen nach bereits voll-
zogenem Redaktionschluss lassen erkennen, daß die Sozial-
demokratie in der Stichwahl am 5. Februar nur
12 Mandate halten konnte. Insbesondere im „roten“
Königreich Sachsen hat sie schwere Mandatsverluste auf-
zuweisen; sie ist dort in allen 8 Stichwahlkreisen unter-
legen.

Doch die Gegner sind sich klar, daß ihr Erfolg nur mit
den schädlichsten Mitteln, mit denen sie die Sozialdemokratie
bekämpften, möglich war.

Die Zentrumsparthei dürfte ungeschwächt ins Reichs-
parlament zurückkehren. In dieser über 100 Mann starken
Fraktion sind auch diesmal erst etwa 3 Gewerkschaftsführer
gewählt worden. Die Sozialdemokratie hat 36 Mandate
verloren; das ist beinahe die Hälfte der bisher inne-
gehabten Sitze. Für jeden, der mit voller Hingebung für
die Sache des bedrückten Proletariats fühlt und denkt, für

die Emanzipation der Arbeiterbewegung tätig ist, eine sehr
schmerzliche Sache. Die vereinigten Gegner vermochten
aber nicht, den Zuwachs der sozialistischen Stimmen zu
bereinigen.

1903: 3010771 Stimmen und 51 Mandate
1907: 3258968 " " 43 "

Also an Mandaten einen starken Verlust, dagegen an
Stimmen eine Viertelmillion gewonnen.

Die Vertreter der Gewerkschaften sind im neuen
Reichstag, soweit die sozialistische Fraktion in Frage
kommt, gegen früher etwas schwächer vertreten.

Wir freuen uns insbesondere, daß Genosse Bömel-
burg, der Vorsitzende des Maurerverbands, sein
Mandat glänzend behauptet hat. Bömelburg hat sich in
der Legislaturperiode 1903/07 in sozialpolitischen An-
gelegenheiten glänzend als Parlamentarier bewährt. Auch
Hue (Bergmann), der gegen das nationalliberale Zechen-
pact im Reichstag manövrierende Attade ritt, ist wieder-
gewählt worden. Die Vergleiche entzenden also Sachsse
und Hue ins Wallotgebäude. Genosse Silberschmidt,
ebenfalls Maurer, der, mathematisch die Hauptwahlziffern
betrachtet, die besten Chancen für die Stichwahl hatte,
ist leider unterlegen. Unter den Gewerkschaftlern, die
schon lange dem Reichstage angehörten, seien insbesondere
Ceyer, Legien und Schmidt genannt. Die Sache der Ge-
werkschaften ruht auch zukünftig in der geschwächten
sozialistischen Fraktion in guten Händen. Die Wiederwahl
des Genossen Hoch (Hanau), der 1903 unterlag, ist mit
Freude zu begrüßen. Auf dem Gebiete der Arbeiter-
versicherung darf dieser als eine Kapazität angesehen
werden. Leider sind die Genossen Mollenbuhr und Fräh-
dorf unterlegen. Ersterer in der Stichwahl, Frähdorf
schon in der Hauptwahl. Frähdorf, der den Wahlkreis Pirna
(Sachsen) vertrat, hat im Frühjahr 1904 insbesondere für
eine straffere Durchführung der Bundesratsver-
ordnung im Reichstage gewirkt.

Mögen nun auch die Gegner über den errungenen
Wahlerfolg triumphieren. Die Sozialdemokratie zu dezimieren,
gelangt nicht im geringsten. Ob der „Wisch-
maschi“, das liberal-konservativ-antidemokratische Gotten-
tottenkartell, sich in Jahren noch freuen kann, steht auf
einem andern Blatt.

Bericht des 8. Gau (Sieg Mannheim).

Im hiesigen Gau wird der Aufklärungsarbeit durch die
Kollegen selbst sehr schwerer Widerstand geleistet. Der Organis-
ationsgedanke hat erst in den letzten zwei Jahren Eingang
gefunden, und unser Verband ist mehr in die Breite als in die
Tiefe gewachsen. Daß die neugegründeten Filialen auf eine
Vereinfachung der miserablen Lohn- und Arbeitsverhältnisse dran-
gen, ist erklärlich, wenn es auch nicht immer im Verbandsinter-
esse liegt, daß die gewonnenen Orte sofort in Lohnbewegungen
eintreten, denn die Schulung der Mitglieder läßt immer noch
viel zu wünschen übrig.

Im Anfang des Berichtsjahres traten die im Jahre 1905
gegründeten Zahlstellen auch in die Lohnbewegung ein und

stellten in den einzelnen Orten der Pfalz und des Oberrheins
Forderungen, welche wohlbegründet waren. Die Unternehmer
der Pfalz wandten sich soweit sie organisiert waren, an den Vor-
sitzenden des Kreisverbandes Pfälzer Baugewerke um Hilfe.
Letzterer sandte dann am 12. Februar 1906 ein Schreiben an
den Gauleiter sowie an den Sekretär der Christlichen, wodurch
beide mit Kollegen aus den beteiligten Orten für den 16. Fe-
bruar nach Neustadt zu einer gemeinsamen Aussprache ein-
geladen wurden. Diesem Wunsche wurde stattgegeben. An-
wesend waren sehr viele Unternehmer sowie der Gauleiter mit
acht Kollegen und der christliche Sekretär mit einigen seiner Ge-
treuen. Die Verhandlungen führten aber zu keinem Resultat,
und zwar deshalb, weil die Unternehmer einig, die Arbeiter
aber zerplittert waren. Die Freiorganisierten vertraten den
Standpunkt, daß zur Vereinfachung aller Verhältnisse die Einföhrung
des Tages- resp. Stundenlohnes das wirksamste Mittel sei. Die
Christlichen gaben den Anschein, als ob sie mitmachen wollten,
fielen aber dann um, als die Unternehmer erklärten, sie könnten
den Tageslohn nicht einführen. Der christliche Sekretär fragte
nun an, was die Unternehmer zu tun gedächten, worauf sofort
erklärt wurde: die Arbeit muß im Afford ausgeführt werden, und
wird nach den örtlichen Verhältnissen ein Stundenlohn garan-
tiert. Als wir dazu unsere Einwilligung nicht gaben, gingen wir
auseinander.

Im März fand die zweite gemeinsame Sitzung statt, wo eine
allgemeine Grundlage für die Pfalz festgelegt und bestimmt
wurde, daß überall die Arbeit im Afford auszuführen und an
jedem Orte garantierte Stundenlöhne festgesetzt werden sollten,
was überall gelang, nur mit den patriarchalischen Herren von
Alsenz nicht. Der letzte Vertrag wurde im Juni in Neustadt ab-
geschlossen.

Die Lohnbewegung des Oberrheins führte nach dreitägiger
Unterhandlung zu dem Resultat, daß ein sogenannter technischer
Tarif zum Abschluß kam; dort war natürlich alles einheitlich or-
ganisiert.

Weiter kam der Streik im Schwarzwald hinzu. Die Aus-
spernung im Oberrhein ist den Kollegen genügend bekannt; eine
eingehende Würdigung an dieser Stelle ist wohl kaum nötig. Auch
im Straßburger Gau mußte der Gauleiter bei etlichen Lohn-
bewegungen eingreifen.

Rund war die Gauleitung der Ansicht, daß durch den Ab-
schluß von Tarifen und Lohnverträgen Ruhe im Gau eintreten
müsse, weil sich beide Teile verpflichtet hatten, die Verein-
barungen hochzuhalten. Die Unternehmer konnten zum Teil sich
aber nicht in diese neue und geregelte Ordnung fügen und durch-
brachen die Verträge durch Nichteinhalten der Stundenlöhne oder
durch Maßregelungen unfrer Lohnkommissionen. Hier mußte
wieder, wenn nicht noch größere Differenzen entstehen sollten,
der Gauleiter sofort mittelnd eingreifen. Keine einzig all-
gemeine Agitationstour konnte richtig durchgeführt werden wegen
dieser neuen Kämpfe. Trotzdem die Krise im ganzen Gau,
Württemberg, Baden und der Pfalz im Sommer sehr stark
eingefestigt hatte, war es dem Gauleiter doch möglich, in den
meisten Fällen auf friedlichem Wege die strittigen Punkte zu er-
ledigen. Bei allen Verhandlungen, in jedem Bezirk, fragten die
Unternehmer stets über die Schmutzkuren, so z. B. in
Kaiserlautern über Alsenz, in Alsenz über die Unternehmer des
Glantals (trotzdem haben letztere den Alsenzern beim Streik
über die Dienste geleistet), dann die Unternehmer des Oberrheins
über die Konkurrenz im Nibelgebirge usw.

Trotzdem heute die meisten Unternehmer auf dem Stand-
punkt stehen, ein geordnetes Geschäftsverhältnis zu erhalten,
wenn von Organisation zu Organisation Lohnverträge abge-

Aus dem Wahlkampf.

Kur was zerfällt, vertretet ihr!
Seid Kasten nur, trotz alledem!
Wir sind das Volk, die Menschheit wir,
Sind ewig drum, trotz alledem!
Trotz alledem und alledem!
Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht,
Unser die Welt, trotz alledem!

Genau am Tage der Reichstagsauflösung verließ ich das
stille weltentlegene Görbersdorf, um, bei halbwegs gutem
Gesundheitszustand, meine Tätigkeit im Verbandsbureau wieder
aufzunehmen. Daß Bülow den Reichstag heimstürzte, erfuhr
ich erst am 14. Dezember auf einem Bunzlauer Steinmehrwerk-
platz. Die Kollegen, lauter eifrige Parteigenossen, erwo-
gen schon eingehend die Chancen des Reichstagswahlkampfes. Sie
rechneten im Minimum ein Plus von 20 sozialistischen neuen
Mandaten heraus. Allen schwebte das Ziel vor, Stadtverord-
neter Schebs, ein agitatorisch hervorragender tätiger Genosse,
müsse das Mandat im Bunzlauer-Lübener Kreis den Konser-
vativen abnehmen. Ich wünschte den Kollegen, die, wie ich von
vornherein wußte, bei der Wahlarbeit ihre volle Pflicht tun
würden, viel Glück zum Ringen mit den konservativen und frei-
sinnigen Gegnern. Du Durchfallskandidat, falls dich die
Löwenberger Genossen wieder auf den Schild heben
sollten, riefen mir spöttisch etliche Kollegen bei meiner Ver-
abschiedung noch zu. Der ganze Chorus lachte über diese bos-
hafte Auslassung und ich lachte herzlich mit. Wenige Minuten
später sah ich im Schnellzug, drei Passagiere, Kaufleute, be-
sprachen in tiefgründiger Weise, gleich Leipziger Gosenphilistern,
die markante Lat Bülows. Immer wieder lehrte der Refrain,
endlich einen starken Mann in Dornburg gefunden! Ich mengte
mich nicht in die Debatte, aus ihrem zum besten gegebenen
nationalen Phrasenschwall war weiter zu entnehmen, daß alle
drei dem „deutschnationalen Handlungsgehilfenverband“ an-
gehörten. Das Coupé füllte sich an jeder Station mehr und
der Diskurs ging nur über die Reichstagsauflösung. Nach fünf-
stündiger Fahrt gelangte ich in Leipzig an. Wenige Minuten
nach meiner Ankunft war ich im Zentralbureau. Daß mir die
Kur in der Lungenreparaturanstalt sehr gut bekam, merkte ich
am besten, indem ich das Hindernis im Volkshaus, vier Etagen
hoch zu steigen, mit Leichtigkeit nahm. Gerade bringt der Brief-
träger einen schwalligen Pack Briefe; schnell sind sie für die
einzelnen Ressorts gesichtet, auch für mich sind etliche Korre-

spondenzen angekommen. Sofort fällt mir auf einem Briefe
der Poststempel Löwenberg (Schlesien) auf. Rasch das
Kubert zerlegt. Der Inhalt des Briefes lautet kurz und
bündig:

B. G. Haben Dich wieder zum Kandidaten nominiert,
wir erwarten, daß Dein Gesundheitszustand sich so gebessert
hat, um sofort in den Wahlkampf eingreifen zu können. Die
Genossen sind arbeitsfreudig. Du hast sofort zu kommen.

Das Wahlkomitee.
Die Befehlsform des Briefinhalts gab zu sehr netten Per-
spektiven Veranlassung, wunschgemäß hatte ich gefund zu sein,
und weiter hatte ich wunschgemäß mich sofort in den Krudel
des Wahlkampfes zu werfen. Dieser Arbeit bin ich nicht ge-
wachsen, meinen ablehnenden Bescheid über die Annahme
der Kandidatur hat das Wahlkomitee andern Tags schon in
Händen.

Doch zum Teufel, ich mußte, kaum in Leipzig angekommen,
sofort das Krankenhaus St. Jakob aufsuchen, Barade 23 ist
vorläufig meine Niederlassung. Der Arzt konstatierte starke
Rippenschmerzen, Rippenschmerz, nicht ausgeschlossen.
Die Hauptfrage ist Schonung, Schonung, Schonung!

Leicht- und Schwererkrankte liegen nebeneinander, doch bei-
nahe jeder schenkt der Reichstagsauflösung ein ziemliches Inter-
esse. Am 3. Tage meiner Krankenhausaufwesenheit überreicht
mir ein Buchdrucker, anscheinend sein „Leiborgan“, den Ber-
liner Lokalanzeiger, dort steht unter Telegrammnachrichten,
Rubrik Reichstagskandidaturen, auch mein werter Name. Also
die Löwenberger Genossen haben mich, trotz meiner Abgabe, zum
Kandidaten, zum Durchfallskandidaten, ernannt. Zehn Tage,
länger duldet es mich nicht mehr in Barade 23, und ich sage
ihm Valet. Das Befinden ist leidlich, die Kandidatenrede geht
mir schon im Kopfe um, auch die wichtigsten Punkte der abzu-
fassenden Flugblätter sind zu Papier gebracht, und mit dem
Wahlkomitee ist brieflich die inzunehmende Taktik eingehend
erwogen. Soll aber ein Wahlkampf mit Schärfe und dabei mit
Erfolg geführt werden, so muß der Kandidat stets im Kreise
sein, um in den Versammlungen sein Programm zu entwickeln,
oder um den politischen Gegnern gegenüberzutreten zu können.
Am 1. Januar schlug ich denn mein Hauptquartier in Löwen-
berg, Markt 21, auf. Das Lokal war mir noch in guter Er-
innerung, denn vor 8 Jahren, da ich als Steinmeh in L. zu-
reichte, befand sich darin noch die „Herberge“, und ich wohnte
dort etliche Tage in „Garçon“.

Aus der Herberge ist ein schön eingerichtetes Gewerkschafts-
lokal geworden, wo auch die Parteigenossen ihre Beratungen

abzuhalten pflegen, denn ein Saal steht den Arbeitern in dem
von den „Freisinnigen“ beherrschten Löwenberg leider
nicht zur Verfügung.

Nach am 1. Januar fand Komiteesitzung statt. Alles wurde
eingehend erwogen, wie der Kampf zu führen sei. Und ich muß
sagen, die Genossen machten lauter brauchbare Vorschläge, ein
Beweis, daß sie aus dem Wahlkampf 1903 gute Lehren gezogen
haben. Die meisten Kopfschmerzen macht natürlich bei einer
solch politischen Bewegung die „Finanzfrage“. Doch dem
Wahlverein standen etliche Hundert Mark zur Verfügung, die
Zahlstellen unseres Verbandes im Wahlkreis selbst,
Pflaßwitz, Radwitz und Deutmannsdorf, machten Mittel flüssig,
in hochherziger Weise bewilligten weiter auf Antrag die Zahl-
stellen Berlin I und Pirna nicht unbedeutende Beträge.
Das Leipziger Agitationskomitee spendierte ebenfalls für den
weltentlegenen Wahlkreis Löwenberg 300 Mk. An dieser Stelle
sei den Gönnern der guten Sache bester Dank gesagt. Das
Wahlkomitee kalkuliert und konstatiert, daß die Finanzen aus-
reichend sind, um drei Flugblätter in den Kreis werfen zu
können. Nun kann der Tanz losgehen. Auch die Freisinnigen,
Konservativen und die Zentrumsleute haben indes ihre
Wahlvorbereitungen getroffen. In den entferntesten Orten des
Kreises, im Her- und Riesengebirge, hielt der konservative
Kandidat täglich zweimal seinen Speech. Wie oft mag er ein
und dieselbe Rede während der vier Wochen vorgetragen haben?
Sicherlich an vierzigmal. Der Zentrumskandidat hüllte sich in
eifriges Schweigen, seine Agitation förderten, wie es im Zen-
trum nun einmal gebräuchlich ist, die Herren Geistlichen. —
Sehr aktiv griff in den Wahlkampf der bisherige Mandats-
inhaber, Landtagsabgeordneter und Schulrektor Kopisch-Berlin
ein. Er wußte, daß er den Kreis nur mit Aufwendung aller
Kräfte und mit Hilfe der Zentrumsleute oder Sozialdemokraten
in der Stichwahl retten kann. Das voraussetzliche Anschwellen
der sozialistischen Stimmen bedingte von vornherein eine Stich-
wahl zwischen Freisinnigen und Konservativen. Am 8. Januar
sprach Herr Kopisch in Löwenberg. Für die Wähler eine Sen-
sation. Schon ¼ Stunden vor Versammlungsbeginn war das
Lokal polizeilich abgesperrt, Hunderte fanden keinen Einlaß.

Im Parkett des schönen Saales hatten sich die Arbeiter, die
Sozialdemokraten, häuslich niedergelassen, die Anwesenden der
anderen, schon vorher genannten Parteien, mußten sich mit
Steinplätzen an den Seiten begnügen. Als auf der Theater-
bühne der Vorhang hochgezogen wurde und der ganze freisinnige
Wahlvorstand zu beschauen war, brachten etliche „Gewerk-
vereiner“ Herrn Kopisch ein dreimaliges Hoch, doch kaum ein

...werden, hatten die Unternehmer diese Verträge meist nicht ein.

Nicht selten ließen sich etliche Unternehmer vernehmen, weil unser Verbandsorgan eine zu robuste Sprache führe. Sie konnten es nicht verstehen, daß die eventuell bestehenden Mißstände gleich im Fachblatt kritisiert werden. Nun, wir Steinarbeiter können stolz sein, daß unser Fachblatt von den Herren Meistern so beachtet wird. Hätten die Unternehmer die Schreibweise des Steinarbeiters gelobt, so müßten wir als Verbandsmitglieder die Redaktion tabeln; denn Unternehmerröhm besagt für uns nur, daß wir irgendeine Dummheit gemacht haben.

Auf die Mitgliederbewegung will ich nicht näher eingehen, weil dies vom Zentralvorstand nach jedem Quartal gemacht wird; ich beschränke mich darauf, anzugeben, wieviel Versammlungen stattfanden und wie sich der schriftliche Verkehr gestaltete.

Versammlungen mit Vorträgen wurden 246 abgehalten, wobei ich vom Kollegen Arnold-Mannheim, außerdem einigemal von den Kollegen aus Frankfurt unterstützt wurde. In Postgegenständen liefen ein 546 Briefe und Postkarten, 65 Telegramme, 104 Geldsendungen und 16 Pakete. Ausgegangen sind 117 Briefe und Postkarten, 26 Telegramme, 14 Geldsendungen und 20 Pakete, zusammen 477 Stück. Im Mai wurde ein Flugblatt ausgearbeitet, welches in 10 000 Exemplaren hergestellt und zum größten Teil verbreitet wurde.

Mögen nun die Zahlstellen in diesem Jahre etwas mehr selbstständig arbeiten, weshalb hauptsächlich schon eine Bezirkskonferenz stattgefunden hat. Es kann nicht alles der Gauleitung aufgebürdet werden. Allerdings, wenn die gewünschte Selbstständigkeit in den meisten Zahlstellen nicht vorhanden ist, so liegt dies daran, daß in unserm Gau die meisten Zahlstellen vor Jahresfrist gegründet wurden. Die Stabilität in den einzelnen Orten, wie wir sie wünschen, und wie diese in Zahlstellen, die schon jahrelang bestehen, auch vorhanden ist, können wir nicht etwa schon nach einjähriger Organisationsarbeit erreichen.

Im Mannheimer Gau sind noch gegen 3000 indifferente Berufskollegen zu gewinnen; es steht uns noch ein schweres Stück Arbeit bevor.

Die Gauleitung.
J. A. Ignaz Kraft.

Ein Erlass.

Nach der Hauptwahl publizierte der Reichs-Anzeiger folgenden Erlass:

Es entspricht meinem Wunsche, daß wegen Majestätsbeleidigung oder Beleidigung eines Mitgliedes meines königlichen Hauses nur solche Personen die gesetzliche Strafe erleiden, welche sich jener Vergehen mit Vorbedacht und in böser Absicht, und nicht bloß aus Unverständnis, Unbesonnenheit, Uebereilung oder sonst ohne bösen Willen schuldig gemacht haben. Ich beauftrage daher Sie, den Justizminister, mir, solange nicht das Gesetz eine entsprechende Einschränkung der Strafbarkeit enthält, fortlaufend von Amts wegen über alle nach dem Angeführten berüchsigigungswerten Verurteilungen beaufs meiner Entschliebung über Ausübung des Begnadigungsrechts zu berichten.

Berlin, den 27. Januar 1907.

Wilhelm R.

Fürst von Bülow. Vizeleer.

An den Ministerpräsidenten und den Justizminister.

Daß in Deutschland überhaupt noch ein Gesetz existiert, das die Beleidigung eines Fürsten unter besonders harte Strafen stellt, drückt uns auf die Stufe Rußlands herab. In Kulturländern haben wir derartige Vorschriften überhaupt nicht.

Die bürgerliche Presse sagt, Fürsten lassen sich nichts abtrotzen, jetzt aber, nachdem das deutsche Volk bei den Wahlen gezeigt habe, daß es noch „nationales“ Bewußtsein habe, werde auch der Majestätsbeleidigungsparagraph weniger in Anwendung gebracht werden. Womit bewiesen ist, daß dem Volke lange Zeit hindurch bitteres Unrecht durch die vielen Verurteilungen zugefügt wurde.

In Deutschland darf ein Ausländer einer Organisation nicht angehören?

Er darf seine Menschenrechte nicht wahren?

Vieles Ungeheuerliche sind wir von unsern Gegnern schon gewohnt. Das aber übertrifft alles bisher Dagewesene. Schier ungläublich ist es nämlich, daß ein Beamter der preussischen Behörde droht, eine ganze Familie,

deren Haupt ein geborener Ausländer ist, aus Deutschland auszuweisen, nur darum, weil der Sohn einer freien Jugendorganisation angehört! Man sollte es nicht für möglich halten. — Doch man höre: Der in Ober-Schöne-weide bei Berlin wohnende Dreherlehrling Otto Svensson gehörte dem Verein Arbeiterjugend als Mitglied an. Natürlich hatte er keine Ahnung, daß sich die freie Jugendbewegung einer so hervorragenden Stellung in der Öffentlichkeit erfreut und von der Behörde sogar als so staatsgefährlich angesehen wird, daß diese vor dem äußersten Mittel nicht zurückschreckt! Selbst davor nicht, über eine ganze rechtschaffene, ehrfame, ihren Lebensunterhalt sich lauer erwerbende Familie die Hungerpeitsche der Ausweisung zu schwingen. Und das alles nur, um der Jugendorganisation ein einziges Mitglied abzutreiben! Für sachgemäße Beurteilung der Angelegenheit ist es wert, hervorgehoben zu werden, daß Svensson in Deutschland geboren und seitdem überhaupt nur deutsche Luft eingeatmet hat. Dagegen hat er das Malheur, Eltern zu besitzen, die geborene Ausländer sind, aber auch nicht weniger als 32 Jahre in Deutschland weilen, ihren staatsbürgerlichen Pflichten stets nachgekommen und niemanden zu nahe getreten sind, und ein bescheidenes Dasein führten. Da wurde eines schönen Tages, am 7. Januar d. J., der Vater des S. zur polizeilichen Vernehmung gerufen. Der die Vernehmung führende Assistent bedeutete ihm, daß der Sohn aus dem Verein austreten müsse. Der Verein sei nämlich der schärfste „Sozialistenverein“. Da durfte nicht mal unsere Jugend hinein, und die darin sind, mit denen werde kurze 15 gespielt. Sorgen Sie als Vater dafür, daß Ihr Sohn aus dem Verein austritt. Geschieht dies nicht, so kann das schwere Folgen für Sie haben: es kommt an den Landrat, von diesem können Sie ausgewiesen werden! Doch das Beste kommt erst noch! Am 9. Januar wurde auch der Sohn polizeilich vernommen. Nach einem Fragepiel erklärte derselbe Herr Assistent: der Lehrling müsse jetzt folgende Unterschrift geben:

Ich, Dreherlehrling Otto Svensson, verpflichte mich hiermit, so lange ich in Deutschland bin, keiner Organisation anzugehören und keine Politik zu treiben, auch verpflichte ich mich, keine Agitation für den Verein der Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen zu treiben.

Der junge Mann verweigerte tapfer die Unterschrift. Mutig erklärte er: „Das kann ich nicht unterschreiben, das ist ja Freiheitsberaubung!“ Weiter flärte er den Herrn über die Pflichten der Arbeiter sich selbst gegenüber auf: Herr Assistent, ich bin in Deutschland geboren und 16½ Jahre hier alt geworden und gedenke hier noch älter zu werden. Ich, als Dreher, muß einer Organisation angehören. Aus diesem Grunde kann ich die Unterschrift nicht geben. Nach einigem Hin und Her verpflichtete er sich schließlich, so lange er als Ausländer in Deutschland weilt, keiner Organisation anzugehören. Charakteristisch ist, daß am Schlusse der Vernehmung der Assistent fragte: „Sagen Sie mal, was bezweckt denn eigentlich der Verein?“

Dieses Vorgehen der Polizei ist einfach unerhört! Hat man denn in Deutschland sonst weiter nichts zu tun, als sich darum zu kümmern, wer von den jungen Leuten sozialistischen Organisationen angehört. Die Polizei unterjocht drauflos und zum Schlusse fragt der Beamte, „was bezweckt denn eigentlich der Verein?“ Daß in einer Jugendorganisation keine revolutionären Pläne ausgeheckt werden, dürfte wohl auch der Polizei klar sein. Doch halt, der junge Mann ist Ausländer und deshalb muß ihm greifbar gemacht werden, daß er in Preußen-Deutschland lebt. Wenn Svensson einem patriotischen Turnverein angehören würde oder einem katholischen Jünglingsverband, ob er da auch zur Polizei zitiert worden wäre, wir glauben wohl kaum. Aber der Verein „Arbeiterjugend“ steht im Beruf, sozialdemokratisch zu sein und das ist etwas andres. Weil der junge Svensson Mitglied genannter Vereinigung ist, kommt sicher das Königreich Preußen nicht ins Wanken.

man mit uns nicht so umspringen, da brauchte man uns zur Stichwahl.

Die Sozialdemokraten waren gezwungen, die gegnerischen Versammlungen aufzusuchen, wir bekommen nur in elischen Ortschaften Säle. Auch die Konservativen gaben uns Rede-freiheit. Diese Tatsache muß bei dieser Partei als eine „rühmliche“ Ausnahme konstatiert werden. Der konservative Kandidat hatte es sich mit seiner Programmrede sehr leicht gemacht. Von der Kolonialpolitik, Steuererhebung, der inneren und äußeren Reichspolitik sagte zunächst dieser Herr kein Wortchen. Doch nachdem die Sozialdemokraten sein ärmliches Konzept unter die Lupe nahmen, erweiterte er seine Reserven. Um die Mittelständler und Handwerker für die konservative Sache zu begeistern, nahm sich dieser Kandidat als Stütze einen redseligen Innungsoberrichter, der das konservative Zeug redete. Wenn dieser gute Mann so frei von der Leber sprach, waren auf seine Kosten Lachsälben um Lachsälben aus den Versammlungen zu vernehmen. Sprach der Herr Obermeister, dann gab es immer „a Höß und a Gaudi“, wie der Bayer zu sagen pflegt. Während des ganzen Wahlkampfes konnte ich in 20 Versammlungen zu Worte kommen. Die Konservativen und die Freisinnigen dürften sicherlich an 70 Versammlungen abgehalten haben. Gegen frühere Reichstagswahlen wurde diesmal im Löwenberger Kreise mit Hochdruck von allen Parteien gearbeitet.

In den konservativen Versammlungen ging es oft sehr amüsant zu. Wie drastisch der konservative Kandidat zu den Wählern sprach, möge folgende Episode beweisen. Ich trat ihm in einer Versammlung entgegen, und er erwiderte folgendes:

Mein Vorredner meint, die Konservativen sind Gegner der Verkehrspolitik. Ja, allerdings gegen die Kanäle sind wir. In England und Amerika werden jetzt die Kanäle zugeschnitten. (Stürmische Heiterkeit.) In Deutschland würden Kanäle nicht gebaut werden, weil es im Sommer an Wasser fehlt, um sie speisen zu können und im Winter dieselben zugefrieren. (Stürmische Heiterkeit.) Mein sozialistischer Gegner meint, weil ich vorhin anführte, daß ein Stück Jungvieh an Futterkosten pro Tag mindestens 50 Pfg. verursacht, dann müßten die Verpflegungskosten für ein Arbeiterkind ebenfalls im Minimum pro Tag 50 Pfg. betragen. Nein, nein, das nimmt nicht! Ein Kind frißt doch nicht so viel, wie ein Stüd Vieh. (Stürmische Heiterkeit.) Ein Kind säuft doch nicht 10 Liter Milch pro Tag wie ein kleiner Ochs. (Minutenlange Heiterkeit.) Nun, wenn ich (der konservative Kandidat) so viel fröhen würde wie ein Ochs, dann wäre mein Bauch schon lange geplatzt. (Stürmische Heiterkeit.)

Sprach's und setzte sich Tableau bei den Konservativen.

Böhmische Streik- und Landfriedensbrecher vor dem Leipziger Schwurgericht.

Bei dem Steinbruchbesitzer Preißer in Beucha streikten im November vorigen Jahres die Steinbrucharbeiter. Statt seinen alten Leuten die geringen Lohnforderungen zu bewilligen, fuhr Preißer nach Oesterreich und engagierte dort ein Viertelhundert böhmischer „Arbeiter“, meistens Burtschen unter zwanzig Jahren und aus allen möglichen Berufen und Handwerken. Am 3. November bekamen die Böhmen ihren ersten Lohn, Grund genug, um sogleich den Köhlerschen Gasthof aufzujuchen und die nötigen Quantitäten Bier und Schnaps zu vertilgen. Bei dieser Gelegenheit hielt der ebenfalls in dem betreffenden Lokal anwesende Steinmek Probst den Tscheken vor, daß sie nach Deutschland gekommen seien, um Streikbrecherdienste zu leisten. Als nach einem Wortwechsel bald darauf Probst die Gaststube verließ, folgten ihm die Tscheken auf den Ruf „Böhm“, den einer von ihnen ausgestoßen hatte. Es entspann sich dann in dem Hausflur eine wüste Prügelei, so daß der Wirt keinen seiner Gäste mehr hinauslassen wollte. Trotzdem machte sich der Fleischer Engert und der Steinmek Senf auf den Weg nach der väterlichen Wohnung Engerts, wurden aber von den Ausländern ver-folgt und mißhandelt. Nach kurzer Zeit eilten die tschechischen Madaubrüder nach dem Gasthof zurück und benutzten zirka 25 Stühle zum Werfen auf die friedlich am Stammtisch sitzenden Gäste, die ihr Heil in der Flucht suchen mußten. Eine Gaslampe und eine Petroleumlampe gingen bei der Werferei in Trümmer, der Karussellbesitzer Berger trug eine Verletzung an der Stirn davon, hervorgerufen durch einen Schlag mit dem Bierglase, den ihm einer der Burtschen versetzte. Nachdem der Wirt die wie Bandalen hausenden Tscheken aus dem Lokal hinausgedrängt hatte, begannen diese von der Straße mit Steinen zu werfen und zertrümmten dabei 13 Fenster-scheiben. Wie die Unholde gewirtschaftet haben, beweist der Umstand, daß insgesamt 15 Stühle, 10 Biergläser und 4 Streichholzbüchsen zerbrochen waren. Die Tscheken schlugen insbesondere auf den Fleischer Engert los, verfolgten ihn sogar bis nach seiner Wohnung und bombardierten dann noch das Engertsche Grundstück mit Steinen.

Anfolge dieser Gewalttätigkeiten standen nicht weniger als 14 Tscheken, des Landfriedensbruchs angeklagt, am 31. Januar vor dem Leipziger Schwurgericht. Das Urteil lautete gegen Plawek und Kufka auf je 1 Jahr 2 Monate Gefängnis, Stonad und Simonowsky erhielten je 1 Jahr Gefängnis, Profes, Mannert und Salan wurden mit je 10 Monaten Gefängnis bestraft. Der Angeklagte Samlice erhielt 8 Monate, Gausler 7 Monate, Adolf Karas 6 Monate und Gajsky 4 Monate Gefängnis. — Wieredy und Josef wurden freigesprochen. Jedem der Verurteilten wurden 2 Monate der erlittenen Untersuchungshaft an der anerkannten Strafe in Abrechnung gebracht.

Ob in Beucha bei einer etwaigen Lohnbewegung unserer Kollegen die Unternehmer wieder den Versuch machen, ausländische Streikbrecher heranzuziehen, ist nach dem Vorgefallenen kaum glaubhaft.

Aus dem Kalksteingebiet von Würzburg und Umgebung.

Nachdem der Zug von Tag zu Tag größer wird und so mancher unserer Kollegen hoffnungsfreudig seine Schritte nach dem hiesigen Eldorado lenkt, um wieder recht enttäuscht von dannen ziehen zu können, sehe ich mich veranlaßt, an dieser Stelle die hiesigen Zustände etwas zu beleuchten.

Vor allem ist zu konstatieren, daß jede Aussicht auf Arbeit vollkommen ausgeschlossen ist; viele Brüche sind vollkommen stillgelegt und andre von Arbeitskräften überfüllt. In Grünfeld, Marktbreit, Friedenhausen, Ochsenfurt, Gohmannsdorf herrscht großer Arbeitsmangel und dadurch Arbeitslosigkeit, was bisher in diesem Gebiet fast

Wer als Kandidat zu fungieren hat, darf nicht feinfühlig sein; aber besser ist es, wenn man Nerven hat, so stark wie Zuckersüßholz. Was wird da nicht alles an den verschiedenen Kandidaten herumgörgelt. Schon die äußere Erscheinung spielt eine große Rolle. Meine drei Gegenkandidaten waren mir darin ein Erhebliches voran, denn jeder verfügte über eine sehr ansehnliche Körperkonstitution und das „imponiert“. Kurz vor der Hauptwahl hatte ich das Vergnügen, auf der Bahnfahrt, Abteilung 4. Klasse, Ohrenzeuge einer recht interessanten Unterhaltung zu sein. Die zahlreichen Passagiere unterhielten sich über den Wahlkampf. Einer meinte, na, hoffentlich kommt der Sozialdemokrat in die „Stichwahl“. Ein mitfahrender Großbauer widerspricht sofort und sagt, ich hatte Gelegenheit, die vier Kandidaten kennen zu lernen, an den bürgerlichen habe er, was „Körperfigur“ anbetrifft, nichts auszufehen, aber der Sozi ist 1. zu jung, 2. zu klein, 3. zu schwächlich, 4. die Manneswürde, der Bart, fehlt und 5. hat dieser schon „glasma“. (War schon eingelocht.)

Darüber großes Erstaunen bei den Zuhörern, denn daß die Sozialdemokraten den Wählern einen so schimpflichen Kerl als Kandidaten offerieren, schien auch ihnen unerklärlich. Sogleich mongte ich mich in die Diskussion, denn daß der, welcher mein Konterfei entworfen hatte, mich persönlich nicht mehr erkannte, bemerkte ich aus seinem ganzen Benehmen. In gemüthlicher Weise bot ich ihm eine Prise „Schmalzler“ an, lasse die Dose im Kreise zirkulieren und gestatte mir dann, mich ohne Umschweife als sozialistischer Kandidat vorzustellen. Darob große Heiterkeit unter den Passagieren, nur der Großbauer sitzt verlegen da. Doch ich half ihm aus der Klemme und bedankte mich noch bei ihm für seine schließlich nicht unzutreffende Schilderung. Kreuzfeld stieg ich an einer der kommenden Stationen aus. Eine so humorvolle Eisenbahnfahrt hatte ich in meinem Leben noch nicht gemacht.

Die Flugblattverteilung, wenn richtig arrangiert, ist wohl das Hauptagitationsmittel, um Wähler zu gewinnen. Und da war die Sozialdemokratie den bürgerlichen Gegnern um ein Bedeutendes überlegen. In drei Wochen verteilten wir drei Flugblätter, jedesmal waren 110 Genossen notwendig, um diese immense Arbeit zu bewältigen. Man muß bedenken, daß im Löwenberger Kreise die Industrie nur sehr spärlich vertreten ist. Der Kreis hat nur landwirtschaftliche Bevölkerung, die Struktur für die Sache des Sozialismus ist nur in minimaler Weise vorhanden. Aber zur Flugblattverteilung stellten die Genossen von Löwenberg und Umgebung ihren Mann. Hervorragend beteiligten sich an den Wahlarbeiten die Stein-arbeiter der Zahlstellen Blagwitz-Löwenberg, Radwitz und

Duzend Hände reckten sich, die Sache war verpfuscht. Im Bureautisch wurde anscheinend dieser Mißerfolg ziemlich peinlich empfunden. Schnell folgte ein Kaiserhoch, in das pflichtgemäß neben den Freisinnigen, auch die Konservativen und Zentrumsleute einstimmen. Aber der Effekt war weg, die Stimmung gedrückt. Der freisinnige Kandidat erhielt das Wort.

Er ist ein schöner, hochgewachsener Mann, schwarze, wohlgeformte Locken zieren sein Haupt, seine Beredsamkeit ist bestechend, seine Rede wohlausgearbeitet, an Schlagern mangelnd es nicht, doch fehlt es an Weisheit. Die ganze Zusammenfassung, der von den Freisinnigen einberufenen Versammlung, ist selbst für diese recht unheimlich. Der Redner zählt die „liberalen“ (!) Grundzüge auf und behandelt im besonderen die Kolonialpolitik. Eingehend sucht er den Umfall seiner Partei in letzterer Frage zu rechtfertigen. Wir nehmen ihm das nicht übel. Als Herr Kopsch seine Politik pries, sagten wohl viele:

Ich höre doppelt, was er spricht,

Und dennoch überzeugt's mich nicht.

Ueber die Kolonialpolitik konnte sich Kopsch besonders begeistern, er trug vor wie ein Nipposide. Doch hatte anscheinend die Versammlung für seinen Kolonialenthusiasmus kein Verständnis.

Auch die Parteien werden gestreift, die Konservativen, als Haupttribunen im Kreise, kommen ziemlich schlecht weg, die Sozialdemokraten werden etwas sanfter behandelt. Die Schlussworte des Referenten sind verklingen, der Weisfall war recht matt. — Der Vorlesende stellt den Vortrag zur Diskussion. — Im Saale herrschte eifrige Ruhe; unsere Genossen flüstern sich ins Ohr, ob die Führer der Konservativen und des Zentrums wohl an die Kampe treten werden, besonders die letzteren hätten genügend Veranlassung. Die Bürgerlichen blicken auf die Sozis, fixieren mich, wollen sich denn diese Kerle keine „gründliche“ Wfsuhr holen? Meine Wortmeldung ist schnell vollzogen, in einständiger Rede lege ich den sozialistischen Standpunkt klar. Ich kann unter größter Ruhe und Aufmerksamkeit sprechen, auch an vielfachen Zustimmungsendungen fehlte es nicht. Herr Kopsch erwiderte im Schlusswort eingehend, es war aber, wie ein Genosse sagte, mehr eine Leichenrede. Wie anders war heute Herr Kopsch gegen früher. Im gleichen Saale vor sieben Jahren gerbte mir dieser Herr das Fell nach allen Regeln der Kunst, sogar persönliche Beleidigungen gebrauchte er damals, um mich gründlichst „abzubüchsen“. Diesmal erkannte ich ihn kaum mehr in seinen Neben, meiner Wenigkeit gegenüber war er die ausgejuchteste Höflichkeit selbst. Im Nachbarkreise Wunz-lau nahm er desto schärfer, wie mir glaubwürdig versichert wurde, unsere Genossen aufs Korn. In Löwenberg konnte

ausgeschlossen war. An andern Orten werden die Stein-
mehrgelassen zu ganz erbarwürdigen Löhnen zu
Abraumungsarbeiten benutzt.

Das durch das Angebot an fleißigen Menschenhänden
der Kamm der großen und kleinen Scharmacher ziemlich
angekündigt ist, dürfte jedem begreiflich sein.

Es ist keine Uebertreibung, wenn ich sage, in puncto
Bezahlung sind hier Wunder zu erleben. Die tüchtigsten
Arbeiter werden mit 11, 12, 13 und 15 Mk. Wochen-
verdienst nach Hause geschickt, wobei noch mancher von diesen
Familienvätern 2-3.50 Mk. pro Woche für Bahnfahrt
zu bezahlen hat, um zur und von der Arbeitsstelle zu ge-
langen. Ein Unternehmer schämte sich nicht, vor einigen
Wochen sechs tüchtige Steinmehrgelassen mit einem Gesamt-
wochenerdienst von sage und schreibe 52 Mk. nach Hause
zu schicken. Nicht zuletzt tragen auch die Bauarbeiter,
welche in den meisten Fällen kein sauberes Arbeitsstück
anfertigen können, und den Namen „Polter“ im edelsten
Sinne mit Spott und Hohn belegen, viel zu dieser men-
schenunwürdigen Zustände bei. Es sei deshalb jedem
reisenden Kollegen an dieser Stelle aus Herz und
Leib zu empfehlen, zu handeln, und wenn irgend möglich,
dieses Gebiet zu meiden.

S. A.: F. J. Mittenmeier, Gauleiter.

Internationales.

Zwischen den Steinhauern und Schleifern der Mar-
morbranche in Kopenhagen ist etwa vor Jahresfrist ein
Streit entstanden, der heute noch nicht beigelegt ist. In
Nr. 45 des vorigen Jahres haben wir im Steinarbeiter
eingehend die entstandenen Differenzpunkte beleuchtet und
haben da allerdings das „große Unrecht“ begangen, einer
Partei recht zu geben, und zwar den Schleifern.
Sofort bombardierten uns die Kopenhagener Marmor-
steinhauer mit einer ellenlangen Gegenerklärung, die wir
mit Dank ablehnten. Der Grund der Ablehnung wurde
den Absendern mitgeteilt. Da das eingelangte Elaborat
in unserem Blatte nicht zum Abdruck kam, wandten sich die
Kopenhagener Marmorsteinhauer mittels Zirkulars an
sämtliche deutschen Zahlstellen unseres Verbandes. Na-
türlich ist die Sache nun so dargestellt, als wenn die
Schleifer im Unrecht wären. Wir halten an unserer kriti-
schen Würdigung vom vorigen Jahre fest und verbitten
uns für die Zukunft ganz energisch, daß wegen eines nicht-
aufgenommenen Berichts durch unsere Redaktion die Zahl-
stellen mit Zirkularen überschwemmt werden, die ten-
denziös zusammengestoppelt sind. Wir stützen unsere
kritische Darstellung in der Nr. 45 vom vorigen Jahre
auf den internationalen Sekretariats-
bericht, also auf eine offiziell gemachte Bericht-
erstattung. Wie unmotiviert das Verhalten der Mar-
morsteinhauer war, geht daraus hervor, daß ihre Organi-
sation aus den Vereinigten Gewerkschaften
von Kopenhagen ausgeschlossen wurde.
Mitbin hat ein schwerer Disziplinbruch gegen die all-
gemeinen Arbeiterinteressen vorgelegen.

Redaktion des Steinarbeiter.

Bekanntmachungen des Zentral- vorstandes.

In dieser Woche sind die letzten neuen Wertzeichen-
Konten verfaßt, diese sind in das Kassenbuch einzubeften
und werden alle Eintragungen von diesem Jahre über empfan-
genes und bezahltes Material darin weitergeführt. Die
Revisoren sowie die Gauleiter mögen dieses bei jeder
Revision besonders beachten. In der letzten Woche wurden erst
wieder Kassenbücher aus verschiedenen Zahlstellen an die
Zentralleitung eingekandt, wo seit Gründung der Zahlstellen
auch nicht ein Lieferchein eingetragen war. Daß dann das
Konto nicht stimmt, braucht wohl niemand zu wundern. Dieses
muß in Zukunft vermieden werden durch eine bessere Revision.

Zum 1. März soll das Adressenverzeichnis neu
herausgegeben werden. Alle Adressenänderungen müssen bis
22. Februar an den Zentralvorstand eingekandt sein. Möge
dieses jede Ortsverwaltung berücksichtigen, damit nicht schon
wieder in der nächsten Nummer des Steinarbeiters mit Adressen-
änderungen angefangen wird.

Deutmannsdorf. Im engeren Ausschuss taten sich die Kollegen
Eulitz, Merz, Martin, Grühshod und andere durch ihre beun-
derungswürdige Aufopferung für die Sache des Sozialismus
besonders hervor. Die gleiche Arbeitslust zeigten die Maurer,
Bauhändler, Schlosser und, nicht zu vergessen, die kleine
Gruppe der Maler. Unsere Flugblattverbreitung setzte auch die
bürgerlichen Gegner in Staunen. Das geht ja bei den „Noten
wie auf ein Kommando“, meinte ein jovialer Freijünger.
Er konnte es nicht begreifen, daß an einem Tage von 110 Mann
der ganze Kreis mit Flugblättern belegt werden könnte. Um
in die entlegenen Dörfer des Kreises gelangen zu können,
mußten bei der Flugblätterverteilung viele der Genossen den
Frühzug um 4 1/2 Uhr benutzen, dann teilweise noch, an der End-
station angekommen, 20 und noch mehr Kilometer zu Fuß zu-
rücklegen, um an den Bestimmungsort gelangt zu sein. Ich
hörte keinen einzigen, der sagte, diese Tour ist mir zu weit.
Jeder Genosse betrachtete es als Ehrensache in diesem Wahl-
kampf, wo der Wettbewerb ein so immenser war, wo jede Partei
an Stimmen gewinnen wollte, sich der sozialdemokratischen
Partei zur Verfügung zu stellen. Mir tat es leid, wenn die
Genossen, so besonders bei der Flugblattverteilung Nr. 2 und
3, bei einer Kälte von 20 Grad, ja, am 23. Januar zeigte das
Thermometer sogar 27 Grad unter Null an, in den Wahlkreis
hinausgejagt werden sollten. Abends spät, um 9 und 10 Uhr,
kommen dann die sozialistischen Sendboten wieder ins Haupt-
quartier, um meistens die Meldung zu bringen, die Flugblätter
sind gut aufgenommen worden. Mit gutem Humor wurden die
Mitteilungen angehört, wenn ausnahmsweise ein „Stoßkonser-
vativ“ über die verfluchten Noten leidlich schimpfte und hoch
und teuer versicherte, der „richtige Kandidat“ sei nur der Kon-
servative.

Wir führten den Kampf in Rede und Schrift während der
ganzen Wahlkampagne sachlich, die Konservativen ließen aber
kurz vor der Wahl noch die „berühmten“ illustrierten Flug-
blätter vom Reichsverband verteilen. Sicherlich wurde der
Sozialdemokratie durch diesen Trick mancher Wähler abspenstig
gemacht. Die Gegner hatten ihre Presse, ihre Verwaltungen-
lokale, den Konservativen stand der behördliche Verwaltungs-
apparat helfend zur Seite, die Geistlichen beider Konfessionen
taten das ihrige, um die Sozialdemokratie „totzureden“, und
trotzdem konnte uns das Wasser nicht abgegraben werden.

Eine ergötzliche Szene spielte sich in einer konser-
vativen Versammlung kurz vor dem 25. Januar noch ab. Der
Kandidat referierte, in der Diskussion sprachen zwei Genossen,
und ausnahmsweise auch ein Freijünger, welcher sehr gut
operierte. Nun brachte das Schlußwort des Versam-
lungsleiters, eines konservativen Amtsvorstehers, etwas

Korrespondenzen.

Bensdorf. Am 20. Januar tagte im Gewerkschaftshause in
Garneln eine öffentliche Versammlung der Steinarbeiter Oster-
walds. Der Kassierer verlas die Abrechnung, welche für richtig
befunden wurde. Da schon viele Klagen geführt wurden betr.
der unklaren Punkte, die unser Tarif enthält, so wurde be-
schlossen, denselben am 1. Februar zu kündigen, und auf Ein-
führung des Stundenlohns zu dringen. Die Meister haben sich
vom 1. Februar bis zum 1. April darüber zu äußern. Da wir
bis jetzt nur 50 Pfg. pro Marke bezahlt haben, und den Gau-
beitrag aus der Lokalkasse (Ortsfonds) entrichteten, so wurde
beschlossen, alle Lohnzahlung (resp. 14 Tage) 5 Pfg. mehr ein-
zuziehen, um dadurch den Gaubeitrag zu decken und unsern
Ortsfonds zu stärken.

Blantenburg. Am Dienstag, den 29. Januar, fand in Nor-
denburg, Brauerei Miller, unter den hiesigen Kollegen eine Be-
sprechung statt wegen Gründung einer Zahlstelle. Auch Gau-
leiter Kollege Vint-München war anwesend. Die Gründung
einer Zahlstelle wurde einstimmig beschlossen. Gauleiter Vint
meinte, wir sollen uns die Nachbarzahlstelle Augsburg zum
Muster nehmen, dort seien sehr gute Fortschritte erzielt wor-
den. Dem Gauleiter wurde der Dank der Anwesenden ausge-
sprochen, er hatte wirklich vortrefflich gesprochen.

Freiburg in Baden. Am Sonntag, den 27. Januar, fand
hier eine Versammlung statt. Die Arbeitslosigkeit ist sehr groß,
3/4 der Kollegen sind schon wochenlang davon betroffen. Kassierer
Kollege Körber gab die Abrechnung vom 4. Quartal, sowie die
Jahresrechnung bekannt. Die Einnahmen des 4. Quartals sind
853.37 Mk., die Ausgaben 671.48 Mk. Die Gesamteinnahmen
des verfloffenen Jahres belaufen sich auf 3610.83 Mk., denen
3321.33 Mk. Ausgaben gegenüberstehen. Das Ortsvermögen ist
zurzeit 701.50 Mk. Dem Wahlfonds der sozialdemokratischen
Partei wurden 50 Mk. überwiesen. Die Fluktuation war sehr
groß im verfloffenen Jahre. Während im Juli 147 Kollegen
hier arbeiteten und organisiert waren, konnten wir am
1. Januar nur noch 74 Mitglieder feststellen. Die Vertrags-
erneuerung stand ebenfalls zur Debatte. Man wurde sich einig,
den Vertrag nicht zu kündigen, jedoch sollen die Stundenlöhne
erhöht werden. Vom Vorsitzenden wurde angeführt, daß uns
im Jahre 1908 höchstwahrscheinlich im ganzen Baugewerbe
schwere Kämpfe bevorstehen. Die Unternehmer rüsten sich und
unsre Pflicht sei es, auf der Hut zu sein und beizeiten Mittel
bereit zu stellen. Aus diesem Grunde müsse man sich mit einem
höheren Beitragssatz vertraut machen und wären 70 Pfg. pro
Woche nicht zu viel. Es sprachen noch einige Kollegen in zu-
stimmendem Sinne. Der Antrag, ab 1. März 70 Pfg.
Beitrag zu zahlen, wurde in geheimer Abstimmung gegen nur 2
Stimmen angenommen. Hiermit zeigten die Kollegen, daß sie ernstlich gewillt sind, an der
Besserung der Zustände mitzuarbeiten. Kollege Droll teilt noch
näheres aus einer Unterredung mit dem Oberbürgermeister Dr.
Winterer mit, welche anlässlich der Ausführung der Arbeiten
zum Theaterneubau stattfand. Es wurde ausgesprochen, daß
alles daran gesetzt werden muß, um die Stadtverwaltung zu ver-
anlassen, daß bei städtischen Bauten die Arbeiten auch am Orte
angefertigt werden. Nachdem noch auf einen Reklamationsabend
von Walfotte, veranstaltet vom Gewerkschaftskartell, aufmerksam
gemacht worden war, erfolgte Schluß der Versammlung.

Kiel. Auf die Berichtigung der Firma Schlauch sei folgen-
des erwidert. Was die Firma als unwahr bezeichnet, müssen
wir aufrecht erhalten. Die Arbeitszeit der Schleifer wurde
vor längerer Zeit auf eignes Ansuchen herabgesetzt. Allerdings
wurden im Betrieb etliche technische Neuerungen eingeführt,
wenn dann aber gleich ziemliche Abzüge gemacht werden, so
nennt man das Lohnkürzung. Die technischen Neuerungen sind
doch zunächst im Interesse der Firma gemacht worden, um
rationeller produzieren zu können. Die Steinarbeiter von Kiel
lassen sich auch in Zukunft nicht nehmen, berufliche Fragen,
auch wenn es der Firma Schlauch unangenehm sein soll, im
Fachblatte zu besprechen.

Göttingen. Am 29. Januar tagte unsere Monatsversam-
lung, welche wieder sehr schlecht besucht war. Diejenigen Ver-
bandsmitglieder, die auf dem Lande wohnen und zwei Stunden
marschieren mußten, die waren anwesend, die Kollegen aus der
Stadt schwänzten. Ein solches Verhalten kann uns nur ein
„Pfu!“ abzwängen. Sodann verlas der Vorsitzende ein Schreib-
en vom Gauleiter Biewig, daß selbiger die Ortskasse revidiert
und alles in tadellosester Ordnung vorgefunden hat. Die Ab-
rechnung vom 4. Quartal 1906 ergab eine Einnahme von 907.61
Mk., die Ausgabe betrug 647.49 Mk. Der Marxenumsatz
1906 betrug 3590 B.-M., 87 J.-M., 72 D.-M., 27 C.-M.,
4 Gr.-M. und 259 R.-M. Die Einnahme betrug inkl. Kassen-
bestand 2072.45 Mk., die Ausgabe 1812.33 Mk., so daß ein
Kassenbestand für 1907 von 260.12 Mk. verbleibt. 200 Mk.

Leben in die Bude. Dieser hält eine mächtige Rede, zusammen-
gepöppeltes Zeug, das niemand verstand. Am Ende wird er
sogar temperamentvoll, er fordert auf, die Parole muß für die
Konservativen lauten, die Mehrheit aber ruft scharf und schnei-
dig „wir wählen den Sozialdemokraten“. Große
Heiterkeit im Saale, lange Gesichter am Bureau. Auf ein-
mal großer Alarm, zwei Bauern sind in Streit geraten, doch
das ist nichts Seltenes. Was war die Veranlassung zu dieser
lauten Auseinandersetzung? Mit wenigen Worten sei es ge-
sagt: Der eine, ein kleiner Landwirt, soll auch mit gerufen
haben: „Er wähle den Sozialisten“. Das konnte der andre,
der etliche Sektar mehr an Grund und Boden besaß, nicht un-
gerügt hingehen lassen, und so schimpfte und standalierte dieser
gut konservative Mann auf seinen politischen Gegner ganz
fürchterlich. Der Disziplin unserer Genossen ist es zu ver-
danken, wenn dem konservativen Heißsporne nicht handgreiflich
seine Ungezogenheiten zum Bewußtsein gebracht wurden.
Würde sich in einer konservativen Versammlung ein Sozial-
demokrat so tölpelhaft über einen Konservativen äußern, in
allen Winkelblättern wäre über den „Terrorismus“ der Roten
zu lesen. Von dieser widerlichen Affäre schrieb der Bürger-
und Hausfreund nichts.

Die Wahlbeteiligung am 25. Januar war eine sehr rege.
bewarben sich doch vier Kandidaten um das Vertrauen der
Wähler. Das politische Prognostikon war für die Sozialdemo-
kratie zwar gut, in diesem Kreise standen wir aber mächtigen
Gegnern gegenüber. Ob wir ein Plus an Stimmen verzeichnen
können, sagten die Genossen, ob nicht all die geleistete Arbeit
vergebens war? Die Konservativen und Freijünger sind eben
im Kreise Löwenberg zu stark eingegriffen. Doch schon die ersten
bekannt gegebenen Teilergebnisse ließen ein Aufschwollen der
sozialistischen Stimmen erkennen. Löwenberg, dies kleine
Städtchen, votierte 1898 für den Sozialdemokraten 17 Stim-
men, 1903 91, 1907 dagegen 214. Die Freijünger, die Konser-
vativen verloren, die Sozialdemokraten gewannen rund 800
Stimmen. Auch das Zentrum hatte einen ziemlichen Zuwachs.
Die Bürgerlichen sind über den sozialistischen Zuwachs ganz
erboßt, und hauptsächlich, weil unsere Stimmen bei der Stich-
wahl entscheidend sind, wer zukünftig der Mandatsträger ist.
Die Freijünger betrachten es als selbstredend, daß unsere
Stimmen ihrem Kandidaten zugeführt werden, dafür bebant
sich die freijüngerliche Volkspartei, indem sie in anderen Kreisen
nicht den Sozialisten unterstützt, sondern offiziell für den Kon-
servativen eintritt.

Obige Zeilen waren schon gesetzt, als der Telegraph meldet,
daß Popsch mit der knappen Mehrheit von 40 Stimmen gegen-
über den Konservativen, das Mandat noch rettete. Unsere Ge-

turden auf der Sparkasse angelegt. Als Delegierter zur Gau-
konferenz wurde Kollege Klinge gewählt.

Hochspeier. Am 27. Januar fand hier unsere diesjährige
Generalversammlung mit Neuwahl statt. Der Kassierer Bauer
verlas die Jahresabrechnung, was von den Revisoren als richtig
befätigt wurde; dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Als-
dann hielt Kollege Willader aus Dürheim einen Vortrag über:
Warum müssen wir organisiert sein? Derselbe wußte in seinen
Ausführungen die Kollegen so zu fesseln, daß er am Schlusse
stürmischen Beifall erntete. Der Wunsch wurde bei der Dis-
kussion laut, daß uns Willader bald wieder besuchen möge, denn
ein so begiegenes Referat wurde hier noch nicht gehalten. Jetzt
schritt man zur Neuwahl des Vorstandes. Aus derselben gin-
gen hervor: Peter Niederberger als 1. Vorsitzender, Philipp
Kunz als zweiter Vorsitzender, Jakob Bauer als Kassierer, Josef
Johann als Schriftführer, Philipp Sauter und Johann Schüller
als Revisoren und Wilhelm Kunz als Statistiker. Es wurden
dann dem Kassierer noch 5 Mark für seine Amtsführung be-
willigt. Dem Jahresbericht des Vorstandes ist folgendes zu ent-
nehmen: Zur Beratung der Angelegenheiten der Zahlstelle waren
16 Mitgliederversammlungen, 4 außerordentliche Versammlungen
und 3 Ausschüßsitzungen nötig. Weiter wurde eine Dis-
kussionsversammlung abgehalten. Der Stand der Mitglieder war
am Schlusse des Jahres 1905 30, im Laufe des Jahres 1906
stieg er auf 96.

Mittweida. Am 3. Februar fand eine außerordentliche
Mitgliederversammlung im Schützenhaus statt. Ueber Ar-
beiter- und Unternehmerorganisation referierte Kollege Siebold-
Leipzig. In fünfviertelstündiger Rede schilderte er die wirt-
schaftlichen Zustände, das Entstehen resp. Entwideln der Unter-
nehmerorganisationen, ferner ihre Methoden, um die Arbeiter-
organisationen ohnmächtig zu machen. Zum Schlusse forderte
der Referent im Hinblick auf die verfloffenen Reichstagswahlen
die Kollegen auf, auch ihren politischen Einfluß geltend zu
machen und sich der sozialdemokratischen Partei anzuschließen.
Die Unternehmer kennen nur ein Ziel, ohne Unterschied der
religiösen und politischen Ueberzeugung — gegen die Arbeiter-
partei, die Sozialdemokratie. Auch auf den Wert der Arbeiter-
presse wies Kollege Siebold hin. Nur wenn dieses beherzigt
werde, könnten die Scharmachersgelüste bekämpft bzw. einge-
dämmt werden. Der Beifall, welcher dem Vortrag gezollt wurde,
bewies, daß die Kollegen mit den Ausführungen einverstanden
waren. Diskussion wurde nicht beliebt. In weiterer Beratung
wurde der Arbeitsvertrag, den die Unternehmer entworfen, einer
Kritik unterzogen. Der Vorsitzende Fontane wies die Rück-
wärtserei an einzelnen Punkten nach, ja, sogar eine Ver-
stimmung ist darin, wenn Unorganisierte im privaten Leben
etwa belästigt werden, die Entlassung der Mitarbeiter sofort er-
folgt. Kollege Siebold weist ebenfalls auf das Unhaltbare der
verschiedenen Bestimmungen hin. Er betrachtete diese nur als
Entwurf. Die Kollegen sollten immerhin die Verhandlungen
einleiten, und wenn das Resultat vorliege, sei es immer noch
Zeit, die Entscheidung zu treffen. Einen Vorstandsvorsteher bei
der Unterhandlung zuzulassen, sei abzuschlagen, deswegen werden
die Kommissionsmitglieder schon ihr Mandat ausüben. Bei
Eventualitäten stände die Organisation hinter uns. Nachdem
noch einige Kollegen über die Zusammensetzung der Kommission
ihre Ansichten geäußert und im übrigen die taktischen Fragen
der örtlichen Verwaltung überlassen werden, war Schluß der
gut besuchten Versammlung.

Handersbader. Eine schlecht besuchte Versammlung tagte
hier am 20. Januar. Nachdem die Versammlung eröffnet, er-
stattete der Kassierer den Kassenbericht. Die Richtigkeit des-
selben wurde von den Revisoren bestätigt. Bei Punkt Neuwahl
wurden die Kollegen Adam Schneider als Vorsitzender, Wilhelm
Mühlradt als Kassierer und Leonhard Müller als Schriftführer
gewählt. Als Delegierte zum Gewerkschaftskartell wurden Adam
Schneider und Joseph Brüdner entsendet. Beim Punkt Ver-
schiedenes wurde vom Vorsitzenden an verschiedene Kollegen die
Frage gestellt, wie es in ihrem Betriebe mit der Bundesrats-
verordnung bestellt wäre. Auch wurden die Anwesenden ersucht,
doch endlich einmal die fortwährende Rederei der Gohmanns-
dorfer Landesfriedensbruch-Angelegenheit beiseite zu lassen, und
doch lieber an den Ausbau einer starken örtlichen Organisation
mitzuhelfen. (In Zukunft etwas mehr Punkte in den Bericht
hineinlegen, andernfalls Ablehnung desselben erfolgen müßte.
Redaktion.)

Rundschau.

Die Gewerkschaftsstimme ist über unseren Metrolog, der
im Steinarbeiter dem Hans Braun gewidmet wurde, sehr er-
boßt. Das Blättchen meint, so etwas zu schreiben sei eine
„Gemeinheit“. Der Steinarbeiter ist anderer Meinung, was
er schrieb war Wahrheit, nur das was in der Ge-

nossen scheinen größtenteils in der Stichwahl für den Frei-
jünger votiert zu haben.

Die Sozialdemokratie hat auch im Kreise Löwenberg be-
trächtlich an Boden gewonnen, und im verfloffenen Wahlkampf,
wie auch schon 1903, den größten Stimmenzuwachs aufzu-
weisen. Wenn auch die Gesamtpartei im allgemeinen
Mandate verloren hat, so ist doch der Stimmengewinn, der weit
über 200 000 beträgt, ein sehr ansehnlicher zu nennen.

Trotz des Wahlkampfes hat sich anscheinend mein Gesund-
heitszustand nicht verschlechtert. In froher Stimmung fuhr ich
wieder nach Leipzig; doch kaum habe ich mich eine knappe
Stunde im Bureau niedergelassen, so meldet sich schon der Un-
geheuer des Herrn Oberstaatsanwalts mit dem bekannten
„blauen Brief“. Flug wird die gerichtliche Citette vernichtet,
und es kommt die Ladung zum Straftritt wegen meiner Er-
pressungs- und Beleidigungssache zum Vorschein. Nach dem
„Urteil“ soll ich schnellstens antreten, am 28. Januar kam ich
an, am 30. habe ich die gaslichen Mauern in der Garforthstraße
zu bewohnen. Das ist ja nett. Sofort geht es zum Oberstaats-
anwalt. Strafaufschub lautet mein Verlangen. Nach meiner
Begründung meinte er: „Sind Sie denn in die Stich-
wahl gekommen?“ Ich hatte bei meiner Begründung
kein Wort über die Wahlsache verloren. Doch der Oberstaats-
anwalt ließ zuvor genau recherchieren. Ich hatte Glück, es
wurde bis zum 28. Februar Strafaufschub gewährt. Schon
während der ganzen Wahlkampagne mußte ich gewärtig sein,
daß mich eine „Helmspitze“ in Empfang nimmt, denn alle Tage
konnte die Vorladung von Leipzig abgegangen sein; da ich oft
tagelang zwecks Agitation von Löwenberg abwesend war, irrte
der blaue Brief in der Welt herum, dem Staatsanwalt dauerte
womöglich meine „Antrittsvisite“ zu lang, und so konnte es
leicht kommen, daß man telegraphische Order gab, mich sogleich
in Empfang zu nehmen.

Die Gegner im Wahlkreise hätten meine Verhaftung leid-
lich ausgenützt; aber auch da war unsererseits genügend vor-
gebaut. Meine Genossen hätten „zur Abwehr“ etliche Stin-
bomben in den Wahlkampf geworfen, daß den Konservativen
und Freijünger nicht besonders recht gut zumute gewesen
wäre.

Ich habe die Phasen des Wahlkampfes in Löwenberg be-
halb so ausführlich geschildert, weil vielen Kollegen der Sand-
steinindustrie, die heute in allen Ecken und Enden Deutschlands
schaffen, früher mit mir im schlesischen Sandsteinbezirk tätig
waren, und insbesondere für diese die Stizzierung nicht ohne
Interesse sein dürfte.

Wirtschaftsstimme bisher gegen ihn geschrieben wurde, war eine „Gemeinheit“.

Preiserhöhung in der Marmorindustrie. Der Verband deutscher Marmorwerke hat wegen der allgemeinen Verteuerung der Herstellung der Preise von Rohblöcken durch die Union der Marmorbruchbesitzer in Carrara eine sofort eintretende Preiserhöhung von rund 10 Proz. auf Halberzeugnisse aus weißem Marmor beschlossen. Dadurch wird auch eine entsprechende Preiserhöhung der fertigen Marmorwaren für das Bau- und Möbeldgewerbe notwendig.

Bemerkten möchten wir, daß eine Verteuerung der Herstellung von Marmorarbeiten, also eine Erhöhung der Arbeitslöhne, laut unserer Statistik nicht zutrifft. Wie uns ein Fachmann versichert, sind die Preise für Carrara-Marmor nicht um 10, sondern um 5 Proz. erhöht worden. Wir sind begierig, ob nun die Marmorindustriellen ihren Arbeitern die mehr verlangten 5 Proz. als Lohnzulage gewähren werden.

Die böhmischen Grabsteingeschäftsinhaber haben ein Kartell gegründet. Grund Regulierung der Verkaufspreise. Die Inhaber von Grabsteingeschäften der Provinz Schlesien, sollen sich demselben anschließen.

Aus den Taschen der Steuerzahler. Die Voermann-Linie zahlt ihren kolonialbegeisterten Aktionären für das vergangene Jahr 80 — achtzig — Prozent Dividende aus. Wenn man von der Reichsregierung für die Transporte nach den Kolonien 40 Prozent mehr einstreicht als der normale Geschäftsgewinn beträgt, kann die Dividende schon zu solcher schwindelnder Höhe steigen. Mit solchen Riesengewinnen läßt sich leicht Surrpatriotismus treiben.

Ein katholischer Arbeiter über „Christliche“ Organisationen. Die Erkenntnis, daß die sogenannten christlichen Gewerkschaften nicht gegründet wurden, um den Interessen der Arbeiter zu dienen, sondern diese zu unreinigen, bricht sich selbst in den Kreisen „christlich“ organisierter Arbeiter Bahn. So schreibt ein christlicher Gewerkschaftler in der Saarpfost — kein sozialdemokratisches Blatt! — darüber folgendes:

„Schon länger als ein Jahrhundert läßt man die reichen Arbeitgeber sich koalieren (vereinigen), Trusts, Syndikate bilden, mit wem immer sie wollen, und kein Mensch, keine katholische Bewegung hat da jemals Einspruch erhoben. Diese reichen Herren machen soviel Prozente wie sie können, zahlen Löhne, wie sie es für gut finden, stellen die Arbeitsbedingungen auf, die ihnen passen, und kein Mensch hat jemals verlangt, daß diese Arbeitgeber, soweit sie katholisch sind, in allen diesen Dingen sich die Entscheidung holten beim katholischen Geistlichen. Man läßt im Erwerbsleben eben alle Katholiken sich organisieren, wie es ihnen dienlich scheint und Vorteil bringt. Aber in dem ersten Augenblick, da wir armen Arbeiter uns koalieren (vereinigen), um ein paar Groschen Lohn mehr zu bekommen, treibt man uns im Namen der Religion auseinander.“

So ist es! Gewiß, die Religion wird mißbraucht, um die armen Arbeiter zu zerplittern, damit keine einheitliche, den Verküheren gefährliche Gewerkschaftsbewegung sich entwickle.

Christliches. In der christlichen Gewerkschaftsstimme befindet sich folgende Notiz:

Schöngeistig (Wahern). Dank des Entgegenkommens der hiesigen Forstverwaltung, besonders des Herrn Assessor, haben sich unsere Lohnverhältnisse bedeutend gebessert. Man sieht, was eine geschlossene Organisation, die in aller Ruhe, aber nichts desto weniger mit der nötigen Entschiedenheit eintritt für die Arbeiter, leisten kann. Bei der Verabschiedung sind die Löhne der Kotten Türkenfeld, Rottgeisinger, Schöngeistig und Grafath aufgebessert. Wir sprechen sowohl der Verbandszentrale als auch dem Herrn Assessor unsern Dank für das Entgegenkommen aus.

Der Vorstand der Zahlstelle Schöngeistig. Wir erkennen gern an, daß die Christlichen mit viel Geräusch und wenig Entschiedenheit in Punkt Unförmigkeiten Wertes leisten, machen aber die Brüder in Christo darauf aufmerksam, daß sie den Dank an den lieben Herrgott vergessen haben. Das ist recht sündhaft vom Vorstand der Zahlstelle Schöngeistig! Da ist das Zentrumblatt in Lechhausen (Wahern) sehr viel gottesfürchtiger, es dankt in seinem Neujahrsartikel „im Namen aller gläubigen Katholiken“ der göttlichen Vorsehung für die hohen Viehpreise, die im Interesse und zum Vorteil der gläubigen Katholiken (lies Großbauern) noch recht lange anhalten möchten. Dabei gehören 90 Prozent der Einwohnerzahl der Industrie an.

Ihr laßt den Armen schuldig werden... Ein 50 Jahre alter Tagelöhner, der seit 10 Jahren sich keine Straftat zuschulden kommen ließ und nun aus Not ein paar Bündel Reisig zum Feueranmachen entwendet hatte, wurde dafür vom Landgericht in Augsburg zu der furchtbaren Strafe von 5 Monaten Gefängnis verurteilt.

Riesenorganisationen. Arbeiterorganisationen mit mehr als 100 000 Mitgliedern sind nach dem Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker zurzeit sechs vorhanden. Es sind dieses die Verbände der Holzarbeiter, Bergarbeiter, Fabrikarbeiter und Textilarbeiter mit mehr als 100 000, der Maurer mit nahezu 200 000 und der Metallarbeiter mit mehr als 300 000.

Noch ein Maifeierteil. In der Schadenersatzklage des Holzarbeitgeber-Schutzverbandes in Hamburg gegen den Deutschen Holzarbeiterverband (Sitz Stuttgart) gegen dessen Geschäftsstelle in Hamburg-Altona und gegen deren derzeitigen Geschäftsführer Neumann wegen Vertragsbruchs anlässlich der Maifeiertage, fällt das Hamburger Landgericht folgendes Urteil: Die Forderungen gegen die Beklagten, den Deutschen Holzarbeiterverband in Stuttgart und den Geschäftsführer Neumann werden dem Grunde nach für berechtigt erklärt, dagegen wird der Anspruch gegen die Geschäftsstelle Hamburg-Altona abgewiesen.

In der Berliner Holzindustrie ist es nun doch zu einer großen Aussperrung gekommen. Anscheinend haben die Unternehmer sich schon zum Kampfe gerüstet, während sie vor dem Einigungsamt des Generalsgerichtes über den Abschluß eines neuen Tarifvertrags berieten. Die Aussperrung, die sich auf Berlin und einige Vororte erstreckt, umfaßt rund 7000 Arbeiter. Den Scharfmachern in der Holzindustrie haben sich nun auch die Berliner Drechslermeister angeschlossen. Die Unternehmer lehnen die „müllfälligen und unerfüllbaren Forderungen“ der Arbeiter unter Hinweis auf die Konkurrenz ab, die der Berliner Möbelindustrie in der Provinz entstehen könnte. Neben einer Verkürzung der Arbeitszeit von 52 auf 50 Stunden bestehen die „unerfüllbaren“ Forderungen in dem Verlangen, daß auf geleistete Arbeit eine wöchentliche Abschlagszahlung von 27 Mk. gewährt werde. Diese Forderungen sind in Anbetracht der gesteigerten Lebensmittelpreise wahrlich nicht übertrieben hoch. Die Berufung auf die gefährdete Konkurrenz der Pro-

vinz ist nur ein Vorwand, der jeder tatsächlichen Grundlage entbehrt. Die Berliner Möbelindustrie erfreut sich zurzeit eines großen Aufschwungs. — Anscheinend wird es hier zu einem langwierigen Kampfe kommen; doch dürfen wir hoffen, daß die vorzügliche Organisation der Holzarbeiter ihm gewachsen sein wird. — Auch in diesem Kampfe bietet sich das widerliche Schauspiel, daß die Hirsch-Dunderschen Gewerkschafter in bekannter Manier danach streben, mit dem Unternehmertum einen Sondervertrag abzuschließen.

Geplante Neubauten.

Altona. Kreishaus. Berlin. Bau der Brommbrücke (888 000 Mark). — Pläne für eine Brücke zur Ueberführung der Putzstraße über den Bahnhof Moabit (1 300 000 Mark), sowie einer Brücke über den Landwehrkanal im Zuge der Putzstraße (420 000 Mark) von der städtischen Tiefbaudeputation genehmigt. — Bremerhaven. Die Stadt beabsichtigt, gemeinsam mit Leer ein Schlachthaus zu bauen. — Burgsteinfurt i. W. Wasserwerk gemeinsam mit der Gemeinde Borghorst (490 000 Mark). — Eisleben. Realschule (350 000 Mark). Beginn im Frühjahr. — Hensburg. Personenbahnhof. — Frankfurt a. M. Umbau an das alte Rathaus zur Unterbringung der Sparkasse von den Stadtverordneten beschlossen (ca. 650 000 Mark). Die Pläne sollen durch einen Wettbewerb erworben werden. — Gnesen. Hier sind folgende Neubauten beabsichtigt: Magistratsgebäude, Armenhaus, städtische Mittel- und Mädchenschule, ferner die Neupflasterung der Straßen. — Halle a. S. Provinzialmuseum von der Regierung geplant. — Homborn. Schlachthaus vom Kreisaußschuß genehmigt. — Hamburg. Oberrealschule am Hohenzollernring 600 000 Mark. — Heilberg. Evangelische Kirche in Schlierbach. — Heiligenstadt. Für Straßenbauten und Baugrundankäufe nimmt die Stadt 170 000 Mark auf. — Hohenlimburg. Schule in Wesselsbach bewilligt (120 000 Mark). — Jauer i. Schl. Die Stadt hat ein Projekt für ein Hallenschwimmbad anfertigen lassen (170 000 Mark). — Königsbrunn. Realschule von der Stadt beabsichtigt. — Lübben i. Brdg. Garnisonlazarett (200 000 Mark). Beginn im Frühjahr. — Mainz. Schule in der Colmarstraße (700 000 Mark). — München. Die Stadtgemeinde München vergibt freihändig in 1907 folgende Arbeiten: Erneuerungen und Ausbesserungen am Hauptenwerk der Fassade des Mißhauses am Rathaus, Ausbessern und teilweises Erneuern der Giebel- und Fensterabdeckungen und Verkleidungen im Schulhaus Gabelsbergerstraße, Auswecheln der ausgetretenen Stufen der Aufgangstreppe im Schulhaus Herzog-Wilhelm-Straße 30, Auswecheln an den Podesten ebenda, Nacharbeiten des abgewitterten Sandsteinaußerwerks im Schulhaus Schrenkstraße 6, Auswecheln der ausgetretenen Stufen an den Aufgangstreppe im Schulhaus Schwandthalerstraße 87, Renovierungsarbeiten an den Propyläen, Renovierungsarbeiten am Siegestor und Auswecheln der unteren Sockelsteinplatten und anderer Architekturstücke ebenda, Lieferung und Anbringung von zwei Steintafeln für die Stifter im Armenversorgungshaus St. Martin, Marmorplattenlieferung und Schleifarbeiten an verschiedenen Bedürfnisanstalten. — Orléans. Im diesjährigen städtischen Etat stehen 265 000 Mark für eine Realschule. — Pfl. Präparatenschule von den Stadtverordneten bewilligt. — Rattlingen (Rheinland). Für den Rathausbau hat die Stadt einen Bauplatz angekauft. — Stade in Hannover. Gewerkschule vom Gewerbeverein beschlossen. — Straßburg. Die Landesversicherungsanstalt für Elsaß-Lothringen schreibt einen Wettbewerb um Entwürfe für ein Gemeinschaftshaus für Männer bei Schirmer in Unterelsaß aus. Preise: 3000, 2000, 1000 Mark. Termin: 1. Juni d. J. Bedingungen daselbst in Straßburg, Universitätsstraße 22, gegen 2 Mark. — Tübingen. Gaswerk beschlossen (zirka 650 000 Mark). — Wehlar. Amtsgerichtsneubau mit Gefängnis beabsichtigt.

Bekanntmachungen der Vertrauensleute.

Gersbach. Gewarnt wird vor dem Steinmeyer Joseph Rabenbauer. Derselbe hat sich hier schwer gegen die Verbandsinteressen vergangen.

Der Vorstand.

Münster. Laut Verammlungsbeschlus und mit Zustimmung des Zentralvorstandes wurde der frühere Vorsitzende Johann Bösch, geb. am 17. August 1876 zu Hechtstheim bei Mainz, wegen Unterschlagung und grober Verhöhnung gegen den Verband und die hiesige Zahlstelle aus dem Verband ausgeschlossen.

Adressen-Änderungen.

Gersbach. Sämtliche Zuschriften sind an den Kassierer Karl Ruppert zu richten. Der l. Vorsitzende, Kollege Schimpf, ist erkrankt.

Stuttgart II. Kassierer: Albert Seig, Mähringer Str. 110. Nordendorf (neue Zahlstelle im 13. Gau). Vorsitzender: Friedrich Kottler, Blankenburg b. Augsburg. Kassierer: Reinhold Hegel, Nordendorf bei Augsburg.

Wülzburg. Vorsitzender: Joseph Sulzinger, Gutwiesen (Post Hiltburn).

Klein-Heubach. Vorsitzender: Michael Koll. Berlin II. Vorsitzender: Chr. Ohngemach, Föhrer Str. 10, IV. 1. Heildingsfeld. Kassierer: Christoph Schmid, Klingenstr. 282.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 27. Januar bis mit 2. Febr. 1907.

(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Krankens- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inskrate.)

Gebirg, B. 25.—; Hannover, Ins. 4.80 (Sch.); Bernburg, B. 2.70; Schaafheim, B. 5.75; Ruppertsdorf, B. 23.10, M. 2.—, K. 0.20; Steintin, B. 74.80; Stuttgart I, B. 31.50, K. 0.60; Würzburg, B. 66.70, M. 0.80; Wolfshagen, B. 98.66, E. 1.—, K. 5.—; Heilberg, B. 117.80, M. 0.70; Heppenheim, B. 23.60, K. 0.90; Hoof I, M. 2.80, K. 27.70; Hoof II, B. 38.—, E. 2.—, K. 10.—; Elmstein, B. 18.48, K. 9.80; Duisburg, B. 46.—; Büchberg, B. 19.—; Gendorf, B. 57.—, E. 5.50, M. 2.30, K. 5.40; Heubach, B. 41.80, E. 0.50, K. 9.30; Oppach, K. 20.—; Blomberg, B. 2.20; Hilsheim, Ins. 6.60 (K.); Birnmasens, B. 84.18, K. 10.—; Seußen, B. 210.—, E. 1.75; Simmern, B. 5.90; Wehlar, B. 184.—, K. 10.—; Neuenstein, B. 54.18, E. 1.—, K. 8.20; Mondfeld, B. 76.44, M. 0.80, K. 5.—; Lössau, B. 190.—; Königsbrunn, B. 62.10, E. 2.75, M. 0.10; Herbede, B. 46.—; Hochspeier, B. 84.44, E. 0.50, M. 0.80, K. 1.90; Breslau I, B. 92.—; Nebra, B. 52.—; Osterholz, B. 218.74, M. 2.—, K. 10.10; Bergedorf, B. 5.60; Marktfeuten, B. 107.92, E. 18.50, M. 3.50, K. 5.30; Stuttgart I, B. 111.30, M. 1.80; Wiesbaden, B. 92.—, K. 8.60.

Subwig Geißl, Kassierer.

Briefkasten.

Bensheim. Bei den Adressenänderungen muß doch Straße und Hausnummer vermerkt sein. Bensheim hat über 7000 Einwohner und da ist die verlangte Angabe doch selbstverständlich. — Tittling. Bezüglich des Gaubetrages müßt Du Dich an den Gauleiter wenden. — Halle a. d. S. Steckbriefe nehmen wir nicht mehr auf. Wer borgt, tut es auf sein eigenes Risiko. — Fürthheim. Bericht war überflüssig, er besagt dasselbe wie der von Neuhadt in Nr. 5. — Augsburg. Diese Ausschreibung müßt ja doch nichts. — Klingenmünster. Wir wollen von einer Veröffentlichung aus taktischen Gründen absehen. — Wolfshagen. Abgelehnt. — J. B. Gerichtskosten verjähren in 30 Jahren, Schreib- und Zustellungsgebühren dagegen schon in 4 Jahren. Besten Gruß.

Anzeigen

Schreib-Diamanten unter Garantie

à 4.—, 5.—, 6.—, 7.—, 8.— Mk. Diamantwerkzeuge für alle Industriezwecke.

Friedrich Loeser, Karlsruhe i. Baden, Gerwigstrasse 35.

6. Gau (Hannover).

Sonntag, den 17. Februar, vorm. 12 Uhr

Gau-Konferenz

im Heidelberger Faß zu Hannover.

Tagesordnung ist bekannt.

Der Gauvortrag.

Demnächst erscheint in meinem Verlage die Broschüre

Das Härten Glühen Einsetzen Schweissen und Hartlöten.

Das Buch wird gratis versandt und wollen Respektanten Ihre Adressen melden bei

Albert Baumann, Aue im Erzgeb.

Steinarbeiter von Wurzen, Grimma, Altenhain, Langenreichenbach u. Umg.

Sonntag, den 17. Februar, nachm. 1/3 Uhr

Generalversammlung

im Etablissement Schützenhaus, Wurzen.

Tagesordnung: 1. Vortrag über Unfall-Versicherung. Referent: Gen. Alexis-Wurzen. 2. Jahresbericht. 3. Abrechnung vom 4. Quartal. 4. Verschiedenes.

Pflicht eines jeden Kollegen aus dem Wurzner Hartstein-industriebezirk ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung. J. A. N. N.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir kostenlos alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen und innerhalb 10 Tagen nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird.)

Berlin I. Am 26. Januar starb an der Berufskrankheit unser Kollege **Karl Thiemann** im Alter von 48 Jahren.

Bunzlau. Am 30. Januar starb infolge eines Lungenschlages unser Kollege **Joseph Meuzel** im Alter von 48 Jahren 1 Monat.

Königsberg. Am 21. Januar starb an der Berufskrankheit unser Kollege **Hans Hoffmann** im Alter von 38 Jahren.

Mainz. Am 27. Januar starb an der Berufskrankheit unser Kollege **Heinrich Bechtluft** im Alter von 48 1/2 Jahren.

Birna-Schöna. Am 28. Januar starb nach nur kurzem Krankenlager an den Folgen der Influenza unser Kollege, der Steinmeyer **Karl Stelzig** im Alter von 60 Jahren 7 Monaten.

Tittling. Im Alter von 37 Jahren verstarb unser Kollege **Ignaz Wanges**. (Krankheit war nicht angegeben. Neb.)

Trier. Am 26. Januar starb infolge eines Herzleidens unser Kollege **Heinrich Steinbrecher** im Alter von 58 Jahren.

Wolfshagen. Am 27. Januar verschied infolge eines Schlaganfalls unser Kollege **Heinrich Thurn** im Alter von 46 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Berlin I.

Sonntag, den 10. Februar, vorm. 10 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Englischen Garten, Alexanderstr. 27 c.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zur Antwort der Innung auf unsere Forderungen.
2. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Der Vorstand.

Spezialhaus für Berufskleidung

— Eigene Anfertigung —

Schürzen-Stoff, extra breites Hausmacherleinen.

Zackets, Hosens

Emil Keidel, Hamburg 6

Wartelsstraße 101.

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig. Verlag von Paul Starke in Leipzig. Rotations-Druck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Ein deutsches Courrieres.

Aus dem Saarrevier wird uns geschrieben: Wie ein Blitz aus heiterem Himmel wirkte am 28. Januar die Kunde von der furchtbaren Katastrophe auf Grube Hedden im Saarrevier, nachdem alle amtlichen und nichtamtlichen Bergfachleute selbstgefallig duzendmal versicherten, daß ein deutsches Courrieres unmöglich sei. Nun plötzlich eine furchtbare Schlagwetterexplosion mit einem Grubenbrande im Gefolge im vielgepriesenen saarabischen Musterbetrieb, die selbst die Borussiakatastrophe an Größe und Schrecken weit überragt. Einhundertfünfundfünfzig brave Knappen und Familienväter haben bei der Katastrophe ihr Leben eingebüßt, und ein halbes Hundert Schwerverletzte füllen die Knappschafstlazarette zu Neunkirchen und Sulzbach, von denen die wenigsten aufkommen dürften. Herzzerrend ist der Jammer und das Wehegeschrei der Familienangehörigen, die mit Tausenden von Neugierigen und Teilnehmenden den Unglücksfahnd ufragten, so daß die Ordnungsmannschaften alle Mühe hatten, um den drängenden Menschenknäuel zurückzuhalten. Einer fragte den andern, wie es dort unten im Bergmannsgrab aussähe, Frauen riefen nach den Namen ihres Mannes, Kinder schrien nach dem Vater. Werden sie den treuen Ernährer der Familie noch einmal sehen, lebend oder als verbrannte, formlose Leiche? Hier stumme Resignation, dort Verzweiflung und Ströme von Tränen. Hier verfallt eine Frau in Trübsinn, dort wird eine ohnmächtige beim Wiedersehen des totgeglaubten Lebensgefährten. Am furchtbarsten packt den fühlenden Zuschauer der Jammerblick der armen Kinder, der suchend von Gesicht zu Gesicht wandert, um überall enttäuscht zu werden. Ach, der Vater ist dem grausamen Bergmannslos verfallen.

Die Explosion erfolgte am 28. Januar früh nach 7 Uhr. Von der eingefahrenen Frühlicht, die 600 Mann betrug, konnten sich etwa 400 Mann durch einen Gegenstoß bei Bildstock retten, der vor kurzem erst zu Rettungszwecken mit der Grube Hedden verbunden wurde. Der Rest ist, mit geringen Ausnahmen, dem Würger Tod verfallen. Die Belegschaft fuhr etwa eine halbe Stunde vor der Explosion an. Die Geretteten waren noch nicht am Betriebsort angekommen und konnten, durch die Vorboten der Explosion gewarnt, noch entfliehen. Erfolgte die Explosion zehn Minuten später, so hätte sie 600 Opfer verschlungen. Furchtbar! Die Ursache der Explosion ist noch nicht enthüllt; der amtliche Apparat und die Surrapresse scheinen sich davor zu fürchten, weil es auf die Musteranlage und ihre Güter ein gar so bezeichnendes Licht werfen könnte. Das steht aber fest, daß die giftigen beim. explosiven Gase nicht durch einen Stoß in Brand gesetzt worden sind, weil zu Beginn der Schicht eben nie geschossen wird. Was mag die Ursache sein? Waren Vorfahrer da, die die Wetter untersuchten? Das scheint unmöglich; eine solche Menge, die mit solcher Behemung explodiert, kann von den Vorfahrern unmöglich unbeachtet bleiben. Zwar meldet die Ordnungspresse, daß die Vorfahrer, wie immer, zwei Stunden vor Beginn der Schicht die Grube befahren und alles in Ordnung befunden hätten. Das kann aber schon deshalb unmöglich zutreffen, weil die Verunfälle mit der Arbeit gar nicht begonnen hatten. Nach der Explosion fand man die Leute mit der Kaffeeflasche um den Hals tot auf den Werkzeugkisten sitzend. Wie bei den Bergleuten üblich, sitzen sie vor Beginn der Arbeit in der Regel noch ein Viertelstündchen im sogenannten Bergamt, und hier scheint sie auch die Katastrophe überrascht zu haben.

Von den Beamten ist keiner verunfallt, ein Beweis, daß sie noch nicht an ihrer Stelle waren. Ueblich ist auf den fiskalischen „Musterbetrieben“, daß die Beamten erst 1—2 Stunden später anfahren. Wir in unserem beschränkten Untertanenverband halten es für eine Pflicht — und in Privatgruben wird es auch so gehalten —, daß die Beamten vor der Belegschaft anfahren. Wäre es in den saarabischen Musterbetrieben ebenso, dann hätten die Beamten unmöglich dulden können, daß die Bergleute in die furchtbare Gefahr ahnungslos hineinliefen. Diejenigen, die Ausschluß über die Schuldigen geben könnten, sind auf ewig verstummt; und man muß befürchten, daß jetzt Ursachen konstruiert werden, die keinen Schuldigen erkennen lassen. Eine Anklage schwebt auf aller Munde! Die im Saarrevier besonders überschwänglich gefeierte Geburtstagsfeier mit ihren tönenden Surrareben und über-schäumenden Champagnerkelchen und Weingläsern hat die Gehirne so mit Beschlag belegt, daß die Sorge um die Wetter in der Grube und das Schicksal der Bergleute vollständig in den Hintergrund traten. Die Kunde von dem furchtbaren Unglück mußte erst die hurra- und alkohol-benebelten Köpfe in die rauhe, furchtbar nüchterne Wirklichkeit zurückrufen. Zwei Tage feierte man den Sieg der „nationalen Ehre“ und bejubelte das „Geburtstags-geschenk“, und drunten in der Grube sammelten sich währenddessen die giftigen Gase, bereitete der Tod seine furchtbare Ernte vor, und nichts ahnend und sich sicher fühlend marschierten 600 brave königliche Schatzgräber ins Verderben, während oben das letzte Hipp-Hipp-Surra der nationalen Heißsporne ausklang. Ein furchtbarer Kontrast! Eine schrille, markerstütternde Dissonanz in das nationale Lohwabohu!

Charakteristisch ist, daß der Leiter der betreffenden Inspektion, Bergrat Liesenhoff, augenblicklich krank daniederliegt, weil er an der Kaisergeburtstagsfeier ein Bein gebrochen haben soll. Der Mann findet so eine unfreiwillige Ruhepause von seinen anstrengenden Agitationstouren für die „nationale Ehre“.

Bei der sozialdemokratischen Interpellation gelegentlich der Borussiakatastrophe wurde auf die Hinweise Otto Gués, daß auch in Deutschland ein Courrieres möglich sei, vom Regierungstisch und in den fiskalischen Organen mit Entrüstung eine derartige Möglichkeit für den deutschen Bergbau verneint. Die sozialdemokratische Forderung nach einem Reichsberggesetz und der Anstellung von Arbeitern als Grubenkontrolleure wurde von den nationalen Parteien mit Entschiedenheit bekämpft, und die

Bergarbeiter speiste man ab mit einem Bergarbeitertrug-gesetz, das ihre Lage noch verschlechterte. Eine halbe Milliarde wirft man nach Afrika, während man für die armen Grubenproleten keine hunderttausend Mark übrig hat zur Sicherung ihres Lebens. So wahr man in Deutschland die nationale Ehre. Den Arbeiterschutzbewegung gibt man vor lauter Kaffernummel. Etwas weniger Surra Stimmung und etwas mehr Bergarbeiterschutzbewegung hätte Hunderte von Bergleuten vor dem Tode bewahrt und Tausenden von Witwen und Waisen den Ernährer gesichert. Die nationale Ehre fand in Hedden ihr Courrieres.

Aus dem Geschäftsbericht des österreichischen Steinarbeiterverbandes.

In der abgelaufenen Tätigkeitsperiode der Jahre 1905—1906 hatte unsere Bruderorganisation eine wahre Feuerprobe zu bestehen. Nicht nur mit dem profitgierigen Unternehmertum hatte diese mächtige Kämpfe zu führen, nein, es kam recht überflüssigerweise der Bruderzwist mit den tschechischen Kollegen hinzu. Wir haben früher an dieser Stelle das unmotivierte Vorgehen der letzteren besprochen, müssen uns heute deshalb ein weiteres Eingehen auf diesen Punkt verjagen.

Trotz aller Schwierigkeiten wurde ein erfreulicher Fortschritt in der Organisation erzielt. Der Bericht über den Mitgliederstand am letzten Verbandstag zählte 42 Ortsgruppen und Zahlstellen. Gegenwärtig hat der Verband 53 Ortsgruppen mit 2289 Mitgliedern, somit ist der Abfall der tschechischen Orte durch neugegründete Ortsgruppen und Zahlstellen nicht nur wettgemacht, sondern 11 Orte und 289 Mitglieder wurden noch gewonnen.

Nach Ländern geordnet hat der Verband Ortsgruppen und Zahlstellen: in Böhmen 14, Dalmatien 1, Istrien 1, Krainland 2, Mähren 5, Niederösterreich 14, Oberösterreich 5, Salzburg 3, Oesterreichisch-Schlesien 2, Steiermark 3 und Tirol 3.

1235 Mitglieder gehören der 1. Beitragsklasse und 1054 der 2. Klasse an.

Welche gewaltige Aufklärungsarbeit die Organisation zu leisten hat, ist daran zu ersehen, daß von den 36605 in der Steinindustrie Beschäftigten erst 8,82 Prozent organisiert sind und von den 2238 beschäftigten Arbeiterinnen erst 0,22 Prozent. Die Mitgliederbewegung weist immer noch eine große Fluktuation auf. Im Jahre 1905 sind 2871 neue Mitglieder, im Jahre 1906 2872 beigetreten. Die Gesamteinnahmen betrugen im Jahre 1905 37 664,67 Kronen, im Jahre 1906 41 666,23 Kronen. Die Ausgaben dagegen im Jahre 1905 36 081,50 Kronen, im Jahre 1906 43 211,92 Kronen. Es entstand demnach eine Mehrausgabe von 1545,69 Kronen, die von dem vorhandenen Kassastand gedeckt wurde.

Das Verbandsvermögen betrug am 31. Dezember 06 in der Zentrale 7457,45 Kronen, in den Ortsgruppen 2725,11 Kronen.

Um die eingereichten Forderungen auf Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse durchzusetzen, mußten mit den Unternehmern hartnäckige Kämpfe durchgeföhrt werden, damit wurde auch der Streifonds stark in Anspruch genommen. Der Streif, respektive Aussperrung in Stenowitz dauerte 30 Wochen. Nach der Trennung hat der Prager Verband die Verpflichtungen übernommen.

Die Notwendigkeit der Beitragserhöhung für den Streifonds beweisen schlagend die Ziffern über ausgezahlte Unterstüzungen in den Lohnkämpfen.

Es wurde an Streifunterstüzungen verausgabt:

	im Jahre	1900	549	—	Kronen
"	"	1902	8 548,44	"	"
"	"	1904	4 487,46	"	"
"	"	1905	17 422,95	"	"
"	"	1906	19 569,59	"	"

Im Jahre 1906 waren 15 Streiks zu verzeichnen, von denen 12 mit Erfolg endeten, 2 waren ohne Erfolg.

Es läßt sich zweifellos ein noch besseres Resultat für die Ausbreitung der Organisation erzielen, wenn für die Agitation mehr Zeit und Mittel verwendet werden und genügend Kräfte vorhanden sind, denn ohne Agitation ist keine Organisation zu schaffen. Der eine Angestellte der Organisation hatte mit den stetig zunehmenden verwaltungstechnischen Arbeiten, den Streiks und dem Fachblatt vollauf zu tun. In entlegenen Gebieten war der Vorstand gezwungen, die Agitation durch die Sekretariate der Gewerkschaftskommission auszuführen. Nach der Trennung in Prag erscheint das tschechische Fachblatt Kamenedelnik in Wien und es mußte eine Hilfskraft angestellt werden.

Die Fachblätter haben ihre Aufgabe erfüllt und gute Dienste geleistet. Der Steinarbeiter erscheint in 1900, das tschechische Fachblatt Kamenedelnik in 600 Exemplaren. Für die italienischen Kollegen wird der L'Avvocato und l'Operaio Italiano bestellt, für die slovenischen Kollegen der Rdeci Prapor und jetzt wird auch ein polnisches Blatt bezogen. Das obligatorische Einföhren der Fachblätter hat sich bewährt und der eingehobene Beitrag von vier Sellern pro Beitragsmarke zur Bestreitung der Kosten genügt.

Im österreichischen Steinarbeiterverband hat man der Fachpresse seit Jahren viel zu wenig Interesse entgegengebracht. Genau so lagen die Verhältnisse bis vor Jahren ja auch in Deutschland.

Wie ungeheuer schwierig in unserem Bruderverband die praktische Agitation sein muß, geht schon daraus hervor, daß sechs sprachlich verschiedene Preßorgane zur Aufklärung der Kollegen notwendig sind.

Bericht vom 2. österreichischen Verbandstag.

Am 2. Februar trat der Verbandstag der österreichischen Steinarbeiter zusammen. Anwesend waren 22 Del-

gierter. Vom deutschen Bruderverband ist der Zentralvorsitzende Paul Starke erschienen, derselbe wird herzlich begrüßt. Am Vorabend werden die geschäftlichen Bestimmungen festgelegt. Die Tagesordnung ist eine reichhaltige und muß in den für den Verbandstag vorgesehenen zwei Tagen die Zeit gut ausgenützt werden.

Aus dem Geschäftsbericht, den der Kollege Müller erstattet, geht hervor, daß in dem Emanzipationskampf unserer Kollegen der Nationalitätenstreit jedem Vorschreiten im Klassenkampf der Arbeiter eines der größten Hindernisse darstellt. Es wird noch einer langen Zeit bedürfen, um die Meinungen zu klären.

Aus dem Bericht des Sekretärs Sivrotel sowie der Kontrolleure geht hervor, daß die Untreue des früheren Verbandsvorsitzenden (jetzt aus dem Verband ausgeschlossenen) S a i d den Verband in seiner Entwicklung stark geschädigt hat, es wird jedoch die Hoffnung ausgesprochen, daß der Defekt, soweit er nicht schon überwunden ist, ausgeglichen werden wird.

In der Nachmittagsitzung wurde über Agitation und Organisation eingehend debattiert und beschlossen, die Beiträge in Klasse I von 40 auf 50 Sella, in Klasse II von 30 auf 40 Sella zu erhöhen, und eine Klasse III für Ungelernte und Hilfsarbeiter mit einem Beitrag von 30 Sella zu schaffen. Arbeitslosen- und Reiseunterstüzung werden verbessert.

In der Vormittagsitzung, am 3. Februar, wird über die Presse beraten und beschlossen, das Fachorgan in derselben Weise, wie bisher, erscheinen zu lassen. Allgemein wurde der Wunsch ausgedrückt, diese Waffe im gewerkschaftlichen Kampfe nach allen Seiten besser auszubauen. Für die Italiener soll ein Abkommen getroffen werden mit dem jetzt in Bozen herausgegebenen italienischen Blatte. Für die Slovenen sollen dem deutschen Fachorgan zwanglose Beilagen beigegeben werden. Im übrigen werden alle Anträge dazu der Verbandsleitung überwiesen.

Ueber Streiks und Sperrungen werden dieselben Klagen und Bedenken laut, wie sie unsern Kollegen, welche auf unsern Kongressen anwesend waren, zur Genüge bekannt sind. Die Berichte gehen sehr mangelhaft ein, auch werden Streiks ohne Vorwissen des Vorstandes eingeleitet und derselbe dadurch mitunter in eine recht schlimme Lage beretzt. Es werden strengere Vorschriften festgesetzt.

Angeregt wird ein Kartellvertrag mit den Bildhauern, was dem Vorstand überwiesen wird.

Im weiteren erfolgt die Wahl der Verbandsleitung, und werden als besoldete Angestellte Kollege Müller als Verbandsobmann und B. Sivrotel als Sekretär und Redakteur gewählt.

Der Verbandsvorstand wird beauftragt, eine brauchbare Verfassstatistik in die Wege zu leiten.

Als besondere Anträge wurden im letzten Punkte beschlossen, daß die erhöhten Beiträge vom 1. April ab einbezogen werden und die erhöhten Unterstüzungen am 1. Januar 1908 in Kraft treten sollen. Der Verbandsvorstand wird weiter beauftragt, praktischeres Verwaltungsmaterial einzuföhren.

Das Protokoll wird in Broschürenform in vier Sprachen herausgegeben und an die Vorstandsmitglieder zum Selbstkostenpreis verkauft werden.

Der nächste Verbandstag findet zu Ostern 1909 statt. Der österreichische Verbandstag hat damit seine Tagesordnung erledigt und wird mit einem begeisterten Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung geschlossen.

Eine wichtige Landgerichtsentscheidung.

Welches Gericht ist zuständig, wenn es zwar für den Ort der Handelsniederlassung des Arbeitgebers, nicht aber für den Ort des Gewerbebetriebes (Steinbruch) ein Gewerbegericht gibt?

Der Kläger war im Steinbruch der Beklagten zu Beucha im Bezirke des Amtsgerichts Grimma als Steinmetz beschäftigt. Er wurde entlassen und klagte auf Lohn für die Kündigungsfrist. Das Amtsgericht Grimma, in dessen gesamten Sprengel es kein Gewerbegericht gibt, erklärte sich für unzuständig. Die Sache gehöre vor das Gewerbegericht zu Leipzig. Der Kläger folgt das Urteil an.

Das Landgericht Leipzig hob das Urteil des Amtsgerichts Grimma auf und verwies den Rechtsstreit an dieses zurück.

Aus den Gründen: Die Beklagte, die ihre kaufmännische Niederlassung in Leipzig hat, betreibt einen Steinbruch in B., in welchem der Kläger bis 1. August 1906 beschäftigt war. Sie unterhält ein Kontor im Steinbruch und beschäftigt in diesem eine Anzahl Arbeiter, denen der Lohn an Ort und Stelle ausgezahlt wird. Der Kläger wohnt in Beucha.

Der Kläger behauptet, die Arbeiter würden jeweils nicht in Leipzig, sondern am Steinbruch angestellt, im dortigen Kontor würden die Lohnlisten und Listen zur Versicherung geführt, die technischen Maschinen besorgt und die Maßwerkzeuge aufbewahrt. Die Beklagte bemerkt, das Kontor in Beucha sei nur eine Werkzeughude, die zugleich zur Lohnauszahlung diene.

Auch wenn man mit der Darstellung der Beklagten davon ausgeht, daß sie in Beucha keine gewerbliche Niederlassung hat, die einen Gerichtsstand dort nach § 21 der Zivilprozessordnung begründet, muß nach ihrer Darstellung Beucha als aus der Natur des Schuldverhältnisses hervorgehender Leistungsort für den streitigen Lohnanspruch angesehen werden. Daß der Kläger die ihm vertraglich obliegenden Leistungen am Ort seiner Arbeitsbeschäftigung auszuführen hat, ist von der Beklagten nicht in Abrede gestellt. Die ihr aus dem Vertrag zur Last fallenden Pflichten erschöpfen sich aber nicht in der Lohnzahlung, sondern enthalten weiter noch Obliegenheiten, die sie lediglich in Beucha erfüllen kann. Dort hat sie die Arbeiten zu überwachen und abzunehmen dort die Unfall-

Verhütungsvorrichtungen zu erfüllen (§§ 1, 112 Gewerbe-
unfall-Vorschriften). Am Arbeitsort allein läßt sich der
Umfang der Beschäftigung der Arbeiter feststellen und die
Verteilung der Arbeit vornehmen, es ist maßgebend für
die durch die Beflagte zu vermittelnden Versicherungs-
ansprüche des Klägers, (§§ 4, 5a, 16, 59 Krankenversiche-
rungsgesetz, § 41 Abf. 3 Invalidenversicherungsgesetz).
Ist aber so der Kreis der beiderseitigen Rechte und
Pflichten nicht im Gebiet der eigentlichen kaufmännischen
Leitung des Unternehmens befindlich, so kann der Ort der
kaufmännischen Niederlassung nicht bestimmend sein für
den Sitz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses, für die
aus diesem sich ergebenden Vertragsbeziehungen ist darum
Beucha Erfüllungsort. Beim Amtsgericht Grimma ist des-
halb ein Gerichtsstand gemäß § 29 Zivilprozeßordnung
gegeben. — Der Ansicht des ersten Richters, daß, wenn
auch für den Bezirk des Erfüllungsorts kein Gewerbe-
gericht errichtet ist, die Zuständigkeit des ordentlichen Ge-
richts um deswillen ausgeschlossen ist, weil auch in Leipzig
ein Gerichtsstand nach § 21 Zivilprozeßordnung gegeben
ist und dort ein Gewerbegericht besteht, kann nicht be-
getreten werden.

Wir entnehmen obige Darstellung der Monatschrift
Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. Die Stein-
arbeiter in Beucha wurden überhaupt niemals klug, an
welcher Stelle sie bei gewerblichen Rechtsstreitigkeiten zu
klagen hatten. Wurde in Grimma beim Amtsgericht eine
solche Klage anhängig gemacht, so wurde der Kläger an
das Gewerbegericht Leipzig verwiesen. Begründung:
Der Steinbruchbesitzer so und so sei in Leipzig ansässig
und habe auch dort seinen Hauptbetrieb, mithin sei das
Leipziger Gewerbegericht zuständig. Aber auch da wurde
wiederum dem Arbeiter bedeutet, Beucha sei Erfüllungsort;
da aber Beucha außerhalb des Leipziger Gewerbe-
gerichtsbezirks liegt, käme nur das Amtsgericht Grimma
in Frage. Daß den Arbeitern dann die Luft vergeht, ge-
werbliche Rechtsstreitigkeiten zu führen, wenn sie von Pon-
tius zu Pilatus verwiesen werden, ist klar. Es ist des-
halb die Entscheidung des Leipziger Landgerichts mit
Freuden zu begrüßen. Im Beuchaer Granitbezirk, wo
etwa 1000 Steinarbeiter beschäftigt sind, wird man in
Zukunft die schicklichen kündigunglosen Entlassungen
nicht mehr ohne weiteres hinnehmen.

Die Bundesratsverordnung und deren Befolgung im 6. Gau.

Immer langsam voran,
Nur immer langsam voran!

Wir mit gewöhnlichem Menschenverstand begabten Stein-
arbeiter haben bis jetzt immer geglaubt, daß die Gesetze von allen
Staatsuntertanen respektiert werden müßten, aber nach den Er-
fahrungen der letzten Jahre scheinen unsere Unternehmer, von
einigen rühmlichen Ausnahmen abgesehen, anderer Meinung zu
sein. Sie handeln nach dem Grundsatz: Was mir nichts nützt,
das tu ich nicht, oder nach obigem Motto. Wissen sie doch, daß
bei der Größe der Gewerbeinspektionsbezirke die Revisionen sehr
selten sind und daß, wenn einmal Anzeige erstattet wird, sie
meist sehr glimpflich befristet werden. Das originellste aber ist,
daß gerade die Unternehmer, die sich am wenigsten um die Bun-
desratsverordnung scheren, ja, die sie absichtlich ignorieren, pein-
lich darüber machen, daß ihre eignen Gesetze von ihren Ar-
beitern befolgt werden. Und was gibt es da für Paragrafen
und Strafen in solchen Arbeitsordnungen! Beschweren sich dann
mal die Arbeiter, da heißt es: Ordnung regiert die Welt. Da-
bei sind gerade bei den Herren die unordentlichsten Zustände.
Die Aufenthaltsräume wochenlang nicht gefegt, jahrelang nicht
gesehen, in den Arbeitsstuben Berge von Schutt, Waaon-
Ladungen von fertigen Arbeiten, Aborte entweder gar nicht, oder
so mangelhaft und unfauber, daß — na, wir haben das Klage-
geld so oft gefungen und müssen es wieder fingen. Alles in
allem, die Bundesratsverordnung ist ein so magerer Schutz der
Gesundheit der Steinarbeiter, die ganzen 12 Paragrafen sind
das minimalste, was bei dem gesundheitsgefährlichen Berufe
verlangt werden muß, aber was kümmert das unsre Unter-
nehmer. Sie können wohl, aber sie wollen nicht. „Zur Aus-
übung eines regelrechten Steinbruchs oder
Steinmehlbetriebes gehören geräumige, mit
festem Dach versehene Arbeitsstuben, hin-
reichend große und im Winter heizbare Auf-
enthaltsräume, sowie ausreichende, das An-
standsgefühl nicht verletzende Aborte und die
notwendige Sauberkeit. Das ist für einen
anständigen und humanen Fachmann selbst-
verständlich, das liegt doch auch im eignen
Interesse.“ So sagte bei der Vorberatung der Bundesrats-
verordnung am 9. Juli 1901 unser Nachbar, ein Unternehmer.
Nun sind reichlich vier Jahre seit Inkrafttreten der Verordnung
vergangen, und immer noch reden und schreiben wir um das
„Selbstverständliche“, aber es hat bis dato wenig genützt. Ebenso
haben etliche Gewerbeinspektoren energig Abstellung verlangt.
Man läßt sich lieber bestrafen. Unsrer Ansicht ist, trotz der reichen
Fülle von Material, nur die trassierten Fälle anzuführen, in der
Hoffnung, daß man Remedur schaffen wird. Sollten wir uns
darin täuschen, so behalten wir uns weitere Schritte vor, denn
diese ungesunden, Hunderte, ja Tausende von Steinarbeitern
an ihrer Gesundheit schädigenden Zustände können nicht weiter
geduldet werden.

1. Aufenthaltsräume, ausreichend große, sind nicht vorhan-
den in Königslutter, Braunsberg, Hannover, Kirchbrad, Kirchbrad,
Bremke und Vangelshelm. In letzterem Orte sind in den vor-
deren Brücken die Aufenthaltsräume die reinen Kauerhöhlen,
ohne Fenster und ohne festen Fußboden. Bei Regenwetter, wo
die Aufenthaltsräume am nötigsten gebraucht werden, schwimmt
alles, so daß überhaupt niemand hinein kann. Ein Glück, daß
im vergangenen Jahre dort nicht viel Arbeit war. Nicht wetter-
dicke Räume waren in Leopoldthal, Wildemann und Zeller-
feld, hier ist in etlichen Orten mittlerweile Wandel geschaffen
worden. In Oesen fehlt es nur an drei Orten, aber in vielen
andern bilden sie nur Dekorationsstücke, viele heizen gar nicht,
andre rauchen so, daß der Aufenthalt schon für Gesunde unmög-
lich ist, viel weniger erst für Kranke. In genügendem Heiz-
material fehlt es in den meisten Fällen. In zwei Orten müssen
sich die Arbeiter das Holz im Walde stehen. Täglich gereinigt
werden die Räume nur da, wo jemand wohnt oder eine Kantine
dabei ist, sonst liegt in den meisten Fällen der Schmutz wochen-
lang, ja monatelang. Obwohl die Aufenthaltsräume nicht als Lager-
oder Aufbewahrungsräume benutzt werden dürfen, findet man
dasselbe doch in überreichlichem Maße: Nicht nur die Kleider
und Schuhe, sondern alle Sorten Werkzeuge, Walzen, Gaden,
Brechtstangen, Holz, manchmal ganze Sträucher, Fahrräder, kurz,
alles mögliche und unmögliche, nur keine Wascheräte und Spud-
näpfe. Allem Anschein nach liegt hier kein Bedürfnis vor. Das-
selbe scheint auch bezüglich der Aufenthaltsräume der Fall zu
sein, denn in Lüneburg und Bradwebe fehlen dieselben ganz.
Man hält es kaum für möglich.

2. Aborte sind wohl vorhanden, aber in welchem Zustande
und manchmal wie weit entfernt. Regen und Schnee hat in den
meisten Fällen ungehindert Zugang. Die Zugluft macht man-

chem die Benutzung der Aborte unmöglich. Deswegen ist im
Sommer auch nicht. Beschäftigt denn auch, es handelt sich ja
nur um Arbeiter.

3. Arbeitsstuben sind wohl vorhanden, aber in den meisten
Fällen in ungenügendem Maße; vollständig unzureichend sind
dieselben in Eberdorf, Bremke und Wildemann. Ja, in Wildem-
ann mühten sich die Arbeiter ihre Stühle auf eigene
Kosten selbst herstellen. Das ist durch die Gewerbeinspek-
tion abgestellt. Besonders gefürchtet wird gegen § 6, den 2-Meter-
Abstand, fast überall, mit wenig Ausnahmen, nur nicht, wenn
wenig Arbeit vorhanden ist, müssen die Steinmehler dicht neben-
einander bänken. Unsrer Unternehmer denken jedenfalls, daß
es für die Arbeiter im Winter dadurch wärmer wird. Von
Feuchtigkeit der Arbeitsplätze und Arbeitsstuben findet man
keine Spur. Das kostet ja auch Wasser. Ebenso schlimm sieht
es fast mit der Reinigung der Arbeitsstuben aus. Berge von
Schutt lagern in und vor den Arbeitsstuben, so daß es einem
wunderbar, daß nicht jeden Tag einer die Knochen bricht. Auch
hier nehmen wahrscheinlich die Unternehmer an, daß die Ro-
mantik der Brücke und Werkplätze durch die Schutthäufen er-
höht wird.

4. Trinkwasser, das heißt frisches, fehlt in vielen Betrieben.
Ja, sagen unsre Unternehmer, die Steinarbeiter trinken ja gar
kein Wasser, sondern Bier und — Säckens. Omi! Es bleibt
ihnen schließlich nichts andres übrig. Wir haben aber beob-
achtet, daß man frisches Wasser für die Pferde besorgt, da wer-
den wohl auch ein paar „Tränkeimer“ für die Arbeiter zu be-
schaffen sein, oder gelten die weniger als Pferde?

5. Arbeitszeit sollen die Steinmehler in Sandstein nicht
länger als 9 Stunden, gleich, ob innerhalb oder außerhalb der
Werkstatt (§ 11, Abf. 2), alle andern Steinarbeiter nicht länger
als 10 Stunden täglich haben. Da sieht es aber böse aus, sogar
an kommunalen Bauten, an den Rathhäusern in Kassel und Han-
nover, wird 9½ Stunden gearbeitet, über die Zeit wird noch
gearbeitet in Bremen, Hardegen, Kirchbrad, Jbdenbüren und
Osnabrück. Sogar Sonntags ist in einigen Fällen gearbeitet in
Blantenburg und Bremen, ungemeldet natürlich, Meldungen
von außergewöhnlicher Arbeitszeit halten die meisten Unter-
nehmer nicht für nötig. Aber offen gestanden, bezüglich der
Ueberstunden und der früher vielfachen Sonntagsarbeit hat
sich schon viel gebessert. Es liegt ja auch nur an der Einrichtung.

6. Arbeiterinnen dürfen nach § 10 in Steinbrüchen und
Steinhauereien überhaupt nicht mehr beschäftigt werden, da
aber Frauenknochen in der Regel billiger sind, trifft man ver-
einzelt noch Unternehmer, die, natürlich aus reiner Menschen-
liebe, noch welche beschäftigen. Das ist in Wildemann der Fall.
Als nun der zuständige Gewerbeinspektor dies neben andern
Mißständen gemeldet wurde, traf nach einiger Zeit folgende
Antwort ein:

„Goslar, 3. November 1906.
Auf Ihre gefällige Zuschrift vom 28. September dieses
Jahres erwidere ich Ihnen ergebenst, daß ich in den Stein-
brüchen von S. Sieghelm und W. Kappel eine verbotsmäßige
Beschäftigung von Arbeiterinnen nicht habe feststellen können.
Das Steinklopfen (Herstellen von Steinschlag) ist eine Arbeit,
die nicht zu der Rohaufarbeitung der Steine im Sinne der
Bundesrats-Bekanntmachung vom 20. März 1902 gerechnet
werden kann.“

Die Beseitigung der von Ihnen mitgeteilten Zustände in
den Arbeitsstuben und Aufenthaltsräumen habe ich in die Wege
geleitet.“

Hier ist einer der wichtigsten und notwendigsten Para-
graphen durch die Interpretation eines Gewerbeinspektors ein-
fach wirkungslos gemacht. Basta! Ja, er ist aufgehoben, denn
gerade bei der Herstellung von Marschlag, also Gausenflaster,
wurden die meisten Frauen beschäftigt. Was der Unternehmer-
petition mit Hilfe der Frauenunterstützung, was dem national-
liberalen Abg. Lehmann in der Petitionskommission nicht ge-
lang, nämlich die Aufhebung des Verbots der Frauenarbeit bei
Herstellung des Marschlags, das bringt hier ein Gewerbeinspek-
tor im Handumdrehen fertig. Und wie?

„Das Steinklopfen ist eine Arbeit, die nicht zu der Roh-
aufarbeitung usw. gerechnet werden kann.“

Steinklopfen keine Rohaufarbeitung? Da hört doch alles
auf! Wir können uns keine rohere Arbeit denken, als das
Steinklopfen, denn dazu kann jeder, der noch zwei Hände und
etwas Muskelkraft hat, verwendet werden. Und das geschieht
auch, die Arbeiter, die beim Bohren, Brechen, Spalten, Rippen
oder beim Transport aus irgendeinem Grunde nicht mehr
brauchbar sind, werden noch zum Steinklopfen verwendet, so-
bald die vorhin erwähnten Voraussetzungen noch zutreffen. Und
aus was und wie wird der Marschlag hergestellt? Alle Brocken,
die sich nicht mehr zu Wörtern, Plaster- oder Bausteinen eignen,
werden mit Hämmern, welche mit langem elastischem Stiele
versehen sind, mehrfach zerschlagen. Die Steine brauchen gar
nicht in die Hände genommen zu werden, es kommt auch nicht
darauf an, ob dieselben drei, vier, sechs, achtzig oder rund
sind, sie dienen ja doch nur als Schüttmaterial für Gausen-
flaster und werden in Verbindung mit Sand und Wasser festgemacht
oder werden an Eisenbahngleisen als weiterbeständiges Stopp-
und Füllmaterial verwendet. Schon hieraus geht hervor, daß
es sich beim Marschlag um Rohaufarbeitung im vollsten Sinne
des Wortes handelt.

Fachleute betrachten das Spalten oder Stoßen, das Zubo-
fieren der Werkstücke nach bestimmten oder unbestimmten Mäßen,
das Pflastersteinboffieren, das Herstellen von gestochenen Gar-
tenmäulen, Schwellen, Rohbord und auch das Steinklopfen als
Rohaufarbeitung oder Rohaufarbeitung. Ja, sogar das Zu-
boffieren der sogenannten Zylinderquadern bei Ufer- und
Brückenbauten, sofern nicht saubere Fugen verlangt werden,
wird von vielen Fachleuten, da die Arbeiter fast ausschließlich
von Mauern hergestellt werden, als Roharbeit betrachtet. Eine
weitere Bearbeitung im Sinne der Bundesratsverordnung, also
eine Bearbeitung über die Rohaufarbeitung hinaus, tritt dann
erst ein, wenn die Steine mittels Meißel, Pläne, Stockhammer,
Säge oder Drehbank bearbeitet werden. Demnach widerspricht
auch die Auslegung des Gewerbeinspektors den Anschauungen der
Fachmänner. Aber auch juristisch ist die Ansicht des Gewerbe-
inspektors ganz unhaltbar. Der Zweck des § 10 ist, jede Art von
Frauenbeschäftigung in Steinbrüchen und Steinhauereien gänzlich
zu verbieten. Da nun der Gesetzgeber nicht alle Jahaus-
drücke, die je nach der Gegend in Deutschland sehr verschieden
sind, kennt oder kennen kann, so gebraucht er Worte, aus denen
der Begriff zweifellos zu erkennen ist. Deshalb heißt es im
§ 10, Absatz 1: „In Steinbrüchen dürfen Arbeiterinnen und
jugendliche Arbeiter nicht bei der Steingewinnung“ oder der
„Steingewinnung“ oder der „Rohaufarbeit-
ung“ von Steinen beschäftigt werden.“ Und im Abf. 3: „Außer-
dem dürfen in Steinbrüchen und Steinhauereien Arbeiterinnen und
jugendliche Arbeiter nicht beim „Transport“ oder „Verladen“ von
Steinen beschäftigt werden.“

Wäre nun die Auffassung des Gewerbeinspektors richtig,
das Steinklopfen ist keine Rohaufarbeitung, nun, so ist
es eine weitere Bearbeitung, und derselben schiebt der
Abf. 2 einen Kiesel vor, denn es heißt: „In Steinhauereien
dürfen jugendliche Arbeiter nicht bei der trockenen Bearbeitung
von Sandstein, Arbeiterinnen auch nicht mit
andern Arbeiten beschäftigt werden, bei denen
sie der Einwirkung von Steinstaub ausgesetzt
sind.“

Demnach ist Klipp und Klar jede Beschäftigung der Frauen
bei der Steingewinnung, Rohaufarbeitung, bei der
weiteren Bearbeitung, bei denen sie der Ein-
wirkung des Staubes ausgesetzt sind, sowie beim Ver-
laden und Transport der Steine verboten.

... aus dem Gau des Geheimen Oberregierungsrat Dr. Spreng-
er in der Petitionskommissionssitzung: „Die große
Staubentwicklung beim Steinklopfen wirkt
unbedingt schädlich auf die Gesundheit der
Arbeiterinnen. Der Erlaß des Bundesrats sei daher
notwendig gewesen.“

Rebenbei sei noch bemerkt, daß der Bundesrat ein generelles
Verbot der Frauenarbeit in Steinbrüchen und Steinhauereien
beabsichtigt hat, geht aus aus dem § 18 der Verordnung hervor,
da hier den Unternehmern, welche Frauen beschäftigen, noch ein
volles Jahr Karenzzeit gewährt wurde.

Unsrer Unternehmer waren sich schon seit Inkrafttreten der
Verordnung über das absolute Verbot der Frauenarbeit klar;
deshalb die offenen und versteckten Angriffe, deshalb auch die
Drahter Petition, ebenso haben unsres Wissens nach alle Ge-
werbeinspektoren, in deren Bezirken noch Frauenarbeit üblich
war, diese ungesunden Zustände beseitigt, sobald sie Kenntnis
erhielten. Nur der Goslarer Gewerbeinspektor macht eine Aus-
nahme, er wird aber nach Besagtem wohl oder übel seine An-
sicht korrigieren müssen.

7. Jugendliche Arbeiter dürfen in Steinhauereien weder bei
der trockenen Bearbeitung von Sandstein, noch in Steinbrüchen
oder Steinhauereien beim Transport oder Verladen von Stei-
nen beschäftigt werden. Trotzdem finden wir noch eine Anzahl
Lehrlinge unter 16 Jahren im Holzmindecker Kreise beschäftigt,
am schlimmsten ist es aber in Hardegen bei der Firma Schollau,
wo ca. 18 Lehrlinge unter 16 Jahren beschäftigt werden, und so-
gar im Sommer noch 10 Stunden, ebenso werden in Osterholz
etliche unter 16 Jahren beschäftigt. Wenn jetzt reichlich nach
4 Jahren seit Inkrafttreten der Verordnung noch solche unge-
sunden Zustände bestehen, kann man wohl mit Recht und Recht
behaupten, unsre Unternehmer haben wenig Respekt vor dem
Gesetz. Wo bleibt denn aber da ihre Arbeiterfreundlichkeit,
die z. B. bei Unterhandlungen so hervorgehoben wird? Sie
wird angesichts dieser Tatsachen zur Pflicht; nicht nach
ihren Worten, sondern nach ihren Werken
sollen wir unsre Unternehmer beurteilen.

Für uns besteht aber nach wie vor die Pflicht, durch eine
strenge Organisation dem langsamem Schneidentempo etwas
nachzuhelfen und energischer auf die Durchführung der Bundes-
ratsbestimmungen zu drängen, damit den Steinarbeitern das
bisherige Gesundheitsniveau nicht länger von einzelnen Unter-
nehmern vorenthalten wird, das ihnen geschicklich zueilt.
Paul Diewig.

Bericht vom 1. Gau.

Im Gau Berlin sind die Vorbedingungen zu einer größeren
Agitation nicht gegeben, da im genannten Gau weder Sandstein
noch Hartstein gewonnen wird. Nach Berlin wird sämtliche Ar-
beit fertig aus ganz Deutschland angeliefert, wird doch selbst der
Mainlandstein bis Danzig und Königsberg i. Pr. transportiert,
somit ist für die Organisation kein Boden für eine größere Aus-
breitung vorhanden. Die bis jetzt bestehenden Bahnhöfe werden
sich kaum noch vergrößern, da in allen übrigen Orten, welche im
Gau in Frage kommen, nur wenige Kollegen in Grabstein-
geschäften beschäftigt sind.

Eine Ausnahme hiervon macht Pachtim in Mecklenburg, wo
jetzt 30 Marmorarbeiter einer Berliner Firma der „Billigkeit“
wegen beschäftigt sind, welche ausschließlich Möbelarbeit an-
fertigen, ein Versuch im Frühjahr, sie zur Organisation zu ge-
winnen, scheiterte an der Gleichgültigkeit der Mehrzahl der dort
beschäftigten Kollegen, was wohl dadurch erklärlich ist, daß
fremde Kollegen überhaupt nicht eingestellt werden, da die betref-
fende Firma nur einheimische dazu anlernt. Erfreulich war es,
daß auf der Gauskonferenz in Slettin sämtliche Bahnhöfe ver-
treten waren, was wohl bei der großen Entfernung bei kleinen
Vorliegenden Berichten sich alle Bahnhöfe stabiler gestaltet
haben. Einige Bahnhöfe freisteten bis dahin nur ein Schein-
bassin, und die Unordnung in der Verwaltung war ständiger
Gast. Ein Antrag des Kollegen Wolf-Brandenburg, die Un-
kosten der Gauskonferenz durch eine Gaussteuer zu erheben, wurde
den Bahnhöfen zur wohlwollenden Berücksichtigung überwiesen.
Wieder gegründet wurde die Bahnhöfe Königsberg i. Pr.

Im März traten die Potsdamer Kollegen in die Lohn-
bewegung ein, da die betreffenden Unternehmer sich weigerten,
den ihnen vorgelegten Tarif durch Unterschrift anzuerkennen,
waren die Kollegen gezwungen, durch Arbeitsniederlegung die
größeren Unternehmer zum Nachgeben zu bewegen, was ihnen
größtenteils nach einigen Wochen gelang. Auch in Branden-
burg haben sich die Unternehmer veranlaßt, durch einmütiges Zu-
sammenhalten der Kollegen, auf den bestehenden Tarif etwas
zuzulegen. Zu bemerken ist, daß in Brandenburg seit zehn
Jahren alle Kollegen organisiert sind. In Berlin I erledigten
sich die Tarifverhandlungen dadurch, daß die Innung eine kleine
Aufbesserung bewilligte und den Tarif von 1899 wieder
anerkannte. Etwas schwerfälliger stellten sich zum Teil die
Inhaber von Grabsteingeschäften, welche schlecht daran zu ge-
wöhnen sind, nicht bloß in der Saison, sondern das ganze Jahr
den Tarif einzuhalten, so daß es in einigen Geschäften zur Ar-
beitsniederlegung kam.

Durch den Streik im Muschellalgebiet wurden auch die Ber-
liner Kollegen in Mitleidenschaft gezogen, da die Unternehmer
versuchten, Streikarbeit hier anfertigen zu lassen, was ihnen
aber nicht im geringsten gelungen ist, da sich sämtliche Kollegen
mit den Streikenden solidarisch erklärten.

Einen weiteren Beweis der Solidarität bewiesen die Ber-
liner Marmorarbeiter, als die Deutsche Steinindustrie den Kol-
legen in Reichenbach im Odenwald wegen Zugehörigkeit zur
Organisation kündigte. Als die Firma ihren Versuch in die Tat
umsetzte, ließen es sich sämtliche bei derselben Firma in Berlin
beschäftigten Kollegen nicht nehmen, sich mit ihren ausgesperrten
Kollegen solidarisch zu erklären, sie konnten es nicht mit ihrem
Gewissen vereinbaren, noch länger bei einer Firma in Arbeit
zu bleiben, die in einer andern Werkstelle das Koalitionsrecht
zu verbieten suchte. Die Herren Betriebsleiter waren wohl wirk-
lich der Ansicht, es läßt sich jeder einzelne ruhig das Koalitions-
recht nehmen, ohne mit einer Wimper zu zucken? Sie wurden
aber schnell eines andern belehrt, es wurden schnell andre Saiten
aufgespannt, so daß sich die Sache zu unsern Gunsten erledigte.
Soffentlich sind die Herren in Reichenbach jetzt eines andern
belehrt worden und sind deshalb einsichtig genug, das Koalitions-
recht der Arbeiter nicht anzutasten.

In den übrigen zum Gau gehörenden Orten sind bemerkens-
werte Bewegungen nicht vorgekommen, hoffen wir, daß durch eine
strenge Organisation es uns weiter möglich ist, unsre Lohn-
und Arbeitsbedingungen weiter zu verbessern. Die Unkosten
der Gausleitung sind wie in jedem der vorhergehenden Jahre ge-
ringe zu nennen, da nach Ansicht wohl mehr Mittel zur Agita-
tion verwendet werden könnten, der Erfolg aber genau nicht
höher zu veranschlagen wäre, als bisher; denn im Berliner Gau
fehlen die Steinbruchdistrikte vollständig. Das verfloßene Jahr
hat uns aber immer mit unsrer Organisation ein schönes Stück
vortwärts gebracht.

J. A. der Gausleitung: Otto Pirte.

**Kollegen! Agitiert für eure
Organisation!**